

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 2. Februar 1928
10. Jahrgang Nummer 28

Bestand täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,30 Mk., monatlich 2,25 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 Mk., unter Streifenband 2,50 Mk. Anzeigenpreis: Die gebührenfreie Mittelzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Verbandsanzeigen 6 Pf. Kleinanzeigen: Die dreizehnpaltige Mittelzeile oder deren Raum im Zeit 70 Pf. — Schluss der Inseratenannahme in der Haupt-Expedition 1 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 15 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schortländer** (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Krübler Straße 50, Telefon 4719. Postfach 2010; Breslau 544, Hebelstraße 10, Krübler Straße 50, Telefon Ring 2887. Geschäftsstellen: Breslau: von 12-12, Morlag bis Freitag von 17-18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Glatz, Wilhelmstraße 25, Telefon 1002. Wella: Lützow, Telefon 2384. Geschäftszeit von 8-12 Uhr. Geschäftsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Glatz, Hebelstraße 10, m. B. O., Breslau. — Druck: „Neubau“, Berlin, Fil. Breslau, Krübler Str. 50.

Deutscher Neuimperialismus!

Kommunistische Abrechnung mit Stresemanns Außenpolitik

(Sig. Drahtb.) Berlin, 2. Februar.

Gemessen an den großen Lebensfragen, die bei der Debatte über die auswärtige Politik auf der Tagesordnung stehen, ist der häusliche Zank der Bürgerblockparteien nicht mehr als ein Sturm im Glase Wasser — aber es rühren alle gern in diesem Glase.

Es täuscht Bewegung vor, während in der Außenpolitik alles stockt, man kann den Frieden besingen, wo alles zum Kriege rüstet, Wahlreden werden gehalten und kommende Minister stellen sich vor, während über die Grundlagen und Möglichkeiten der Politik des neudeutschen Imperialismus eine Front von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten besteht. Stresemann ist der Minister des Bürgerblocks wie der „loyalen Opposition“, die Sozialdemokratie spricht ihm genau so das Vertrauen aus, wie der völkische Flügel der Deutschnationalen. Er teilt im Wiedermeierfad seiner Beredsamkeit Zensuren aus nach rechts und links und richtet zwischendurch einen Appell an Frankreich, doch möglichst rasch die Rheinlandräumung zu vollziehen.

Nur der kommunistische Redner, Genosse Stöcker, beschränkt sich nicht auf die Teilnahme an diesem Debattepiel, sondern unterwirft den Etat des Auswärtigen Amtes und die Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie und ihres Stresemanns einer grundsätzlichen, vom Geiste des revolutionären Klassenkampfes getragenen Kritik. Er verweist auf die wirklichen Stürme, die der Imperialismus heraufbeschwört und auf die das Proletariat sich vorbereiten muß.

Gleichberechtigung, das heißt, da die anderen nicht abrüsten, Aufrüstung für Deutschland.

Die Waffentransporte von Italien nach Ungarn erfolgten im Einverständnis mit England, und nachdem man ursprünglich laut nach dem Eingreifen des Völkerbundes gerufen hatte, ist es plötzlich ganz still geworden. Auch die deutsche Regierung hat keinen Einbruch erhoben.

Stresemann rechnet wohl damit, daß England auch gegenüber geheimen Aufrüstungen Deutschlands ein Auge zudrücken wird.

Im Interesse seiner Kriegspläne gegen Rußland wird es solche Aufrüstungen unterstützen. Ebenso hat die italienische Presse die Tatsache umfangreicher Waffentransporte von Frankreich nach Jugoslawien mitgeteilt.

Die Sozialdemokraten geben sich dazu her, der Welt vorzutau-

Kommunistische Wahllisten in Polen ungültig erklärt

II. Warschau, 1. Februar. Vom polnischen Generalwahlkommissar wurden heute drei weitere zur Wahl eingereichte Kandidatenlisten wegen falscher Unterschriften für ungültig erklärt, und zwar die Liste der Linksozialisten und zweier Bauernparteien mit kommunistischem Charakter. Die Zahl der gültigen Wahllisten hat sich damit von 35 eingereichten Listen auf 29 verringert.

Die kommunistische Partei ist in Polen bekanntlich verboten. Gegen Kommunisten wird mit hohen Zuchthausstrafen vorgegangen. Trotz aller Wahlshikanen aber erlangten die Kommunisten in Warschau wie in Lodz die Mehrheit der Stimmen (!). Jetzt läßt die Justiz von vornherein ihre Listen für ungültig erklären. Doch auch dieser Terrorakt wird das Erwachen der polnischen Massen nicht verhindern, die sich immer mehr von dem Sozialdemokraten Pilsudski der in Wirklichkeit ein blutiger Faschist ist, abwenden.

Reichstagsführungsbericht

Genosse Stöcker spricht als erster zum Etat des Auswärtigen Amtes:

Seitdem wir die Einheitsfront von Deutschnationalen bis Sozialdemokraten haben, sind außenpolitische Debatten im Reichstag unbeliebt. Die Rede des Abgeordneten Freitag-Loringhoven ist aus wahlpropagandistischen Gründen von Zentrumseite stark überschätzt worden. Im Auswärtigen Ausschuss liegen die Deutschnationalen mit kümmerlicher Liebe an den Brüsten des Herrn Stresemann. (Stürmische Heiterkeit.) Stresemann hat erkannt, daß die Politik des neudeutschen Imperialismus nur mit pazifistischen Phrasen gemacht werden kann.

Die finanzielle Gestaltung des Außenlats ist kennzeichnend für die Politik des neudeutschen Imperialismus. Der Außenetat ist heute um das Dreifache höher als in der Vorkriegszeit, um 3 Millionen höher als im Vorjahre. Besonders kennzeichnend sind die riesigen Gehälter, die an die Beamten des außenpolitischen Dienstes gezahlt werden. Vorsichtigerweise ist Breitscheid auf die Geheimfonds nicht eingegangen, die eine immer größere Rolle im Etat spielen. Das kaiserliche Deutschland kam aus mit einem Geheimfonds von 1 Million Mark, jetzt beträgt er 9½ Millionen Mark. Das sind Ausgaben für Spionage, Korruptionsfonds und ähnliche dumme Zwecke.

Jetzt hat sich bewahrheitet, was die Kommunisten seinerzeit über Locarno und Hoiby gesagt haben. Wo ist die Weltwendete, die damals im „Vorwärts“ prophezeit wurde? Das Mißtrauen der imperialistischen Mächte gegeneinander ist heute viel stärker als damals. Das damals so stolz angekünndigte Ergebnis der Räumung des Rheinlandes ist bis heute ausgeblieben. Der französische Imperialismus denkt nicht an eine Räumung des Rheinlandes. Sowohl die französischen Nationalisten wie die Radikalsozialisten und die Sozialisten denken nicht an eine Rheinlandräumung ohne neue große Zugeständnisse Deutschlands.

Die einzige Partei in Frankreich, die für die Räumung des Rheinlandes und für die Zerstückung des Versailler Vertrags eintritt, ist die kommunistische Partei Frankreichs!

Stresemann hat hier von der Abrüstung gesprochen, genau so wie die Militaristen aller Länder davon sprechen. In Wirklichkeit geht in allen Ländern die Aufrüstung weiter. Nach der letzten Statistik wurden im letzten Jahre allein 15 Milliarden Mark für weitere Aufrüstung ausgegeben, in Europa allein 12 Milliarden. Das sind nur die offen im Etat erscheinenden Summen, dazu kommen riesige Beträge, die verschleiert sind.

Gegenüber der allgemeinen Aufrüstung aller imperialistischen Staaten ist es allein die Sowjetregierung, die ernsthaft die Erhaltung des Friedens will und dafür arbeitet. Sowjetrußland hat als einziges Land auf der Abrüstungskonferenz erste Abrüstungsvorschläge vorgelegt.

Auch Stresemann ruft nur deshalb so laut nach der Abrüstung der anderen, um damit die Möglichkeit zu eigenen Aufrüstung zu bekommen. Der Fraktionsfreund Stresemanns, Rhein-

Die Kleine Entente protestiert beim Völkerbund

(Sig. Drahtb.) Gené, 2. Februar.

Wegen der in St. Gotthard aufgedeckten Waffenschiedungen Italiens nach Ungarn haben nunmehr die Vertreter der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumaniens beim Völkerbund Protestnoten überreicht. Interessant ist, daß Rumänien, das ein enges Bündnisystem mit Italien unterhält, sich diesem Schritt anschloß. Aber anscheinend ist der französische Einfluß doch noch sehr stark und hat diesen Schritt erzwungen.

Zumutungen im österreichischen Abgeordnetenhaus

II. Wien, 1. Februar. Auf Verlangen der Sozialisten war für heute eine Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses einberufen worden, um über angebliche Mißbräuche des Landesgenarmereidirektors von Oberösterreich anlässlich der letzten Personalvertretungswahlen Stellung zu nehmen. Schon während der Rede des sozialistischen Antragstellers Baumgärtel kam es stürmischen Zwischenrufen seitens der bürgerlichen Mehrheit, als der Redner von den Genarmereidirektoren als „von diesen Offiziersknanallen“ sprach. Vizekanzler Garteis verwarf sich energisch dagegen, daß Bürgermeister Seitz in einem Zwischenruf die Genarmereidirektion, die nicht sozialistisch gesinnt sei, als Gefindel bezeichnete. Die Erregung des Hauses steigerte sich zu höchsten Zumutungen. Die Sozialisten führten sich auf die Ministerbank. Man sah, daß plötzlich vor dem Platte des Bundeskanzlers Dr. Seipel, der während der ganzen Zwischenfälle ruhig auf seinem Platz verblieben war, ein Handgemenge zwischen sozialistischen und bürgerlichen Abgeordneten entstand. Da infolge der sich immer mehr steigenden Erregung eine weitere Verhandlung nicht möglich war, unterbrach Präsident Dr. Waber die Sitzung.

Zum Abbruch der russisch-polnischen Verhandlungen

Wie aus Moskau gemeldet wird, wird die von anderen Mächten ungenutzte Platte ausführlich behandelte Unterbrechung der russisch-polnischen Verhandlungen und die Rückreise der polnischen Delegation in diplomatischen Kreisen eingehend besprochen. Die polnische Darstellung über den Zweck der Reise der Delegation, die sich angeblich zu informativem Zweck nach Moskau begeben hat, wird zu-

fischerseits als nicht stichhaltig bezeichnet. Der russische Gesandte in Warschau soll morgen eine Unterredung mit Jaleski über die Abreise der polnischen Delegation aus Moskau haben. Der unmittelbare Anlaß zur Abreise wird russischerseits auf Einfluß dritter Seite zurückgeführt. Von einer Wiederaufnahme der Verhandlungen in absehbarer Zeit ist in Moskau nichts bekannt.

Korjanty kandidiert doch. Kattowitz, 2. Februar. Der berühmteste frühere Führer der ober-schlesischen Aufstände, Korjanty, der heftigste Gegner des jetzigen Wojewoden in Kattowitz, wird trotz der gegen ihn ergriffenen Kampagne und des vernichtenden Urteils des Warschauer Marschallengerichtes als Spitzenkandidat der christlich-demokratischen Partei in allen drei Wahlbezirken der Wojewodschaft Schlesien kandidieren.

Vom Tage

Der Vizekanzler Bergt empfing gestern eine Anzahl Bauernführer und versprach ihnen, „geeignete Maßnahmen unüberzüglich in die Wege zu leiten“.

In der französischen Kammer wurde der Gesetzentwurf zur „Organisation der Nation im Kriegszustand“ beraten. Der Berichterstatter verlangte, daß die in § 6 vorgegebene Verpflichtung der Frauen für den Kriegszustand in „freiwillige Mitarbeit“ umgewandelt werde.

Nach einer New Yorker Meldung wird der revidierte Stiebsgerichtsvertrag zwischen Frankreich und Amerika wahrscheinlich am Montag unterzeichnet werden.

Das jugoslawische Kabinett ist wegen Konflikt in der Frage einer Koalition mit den unabhängigen Demokraten und der Radikal-Partei zurückgetreten.

Nach einer Meldung aus Peking zwang ein Offizier den Selbstmordführer eines Juges in Tschang in der Nähe der Tschuli- und Schantung-Grenze mit vorgehaltenem Revolver, den Zug zum Stehen zu bringen, trotzdem das Signal nicht auf Halt stand. Dadurch wurden 5 Personen getötet und 2 Personen verletzt.

ihnen, als ob der Frieden wirklich durch Schiedsgerichtsverträge gesichert werden könne. Das Vorgehen der Aufständischen trotz der Klärung der Schiedsgerichtsverträge eines Tages doch explizieren.

Wir sehen, daß Europa mit Schiedsgerichtsverträgen beflastet ist. In Wirklichkeit sind es Kriegsbündnisse, Kriegspakte, die bei dem nächsten Kriegskongress ganz Europa automatisch hineinreißen. Sowohl der französische, jugoslawische wie der italienisch-albanische Vertrag sind typische Kriegspakte. Die imperialistischen Gegensätze haben sich fast überall verschärft. Die Spannung zwischen Amerika und England, das Vorgehen des Dollar-Imperialismus in Maragua, die Spannung zwischen Frankreich und Italien, Polen und Litauen — um nur die wichtigsten zu nennen — zeigen dies deutlich.

Der deutsche Imperialismus baut an der Wiederherstellung seiner ökonomischen, politischen und militärischen Macht, und die Sozialdemokraten unterstützen diese neudeutsche Kriegspolitik.

Der britische Interventionkrieg gegen die chinesische Revolution wird fortgesetzt. Auch die deutsche Bourgeoisie versorgt die chinesische Konterrevolution andauernd mit Waffen, und nach den Erklärungen des Außenministers der Kantsing-Regierung, haben die nordchinesischen Generale für 20 Millionen Mark Aufträge an deutsche Waffenlieferanten gegeben. Der in Kiel aufgeführte Waffentransport von 17 Waggons gehörte zu diesen Lieferungen.

Wir Kommunisten fordern die Transportarbeiter, Eisenbahner und Seeleute auf, mit allen Mitteln derartige Waffensendungen zu verhindern. Der britische Imperialismus führt seine Kriegspolice gegen Sowjetrußland fort. Wenn er dabei auch auf gewisse Hindernisse gestoßen ist, so arbeitet er mit aller Eile weiter an der Herstellung des Kriegsblocks gegen Rußland. Wir sind uns klar, daß auch die deutsche Bourgeoisie bei diesen Kämpfen gegen Sowjetrußland an der Seite der Bestmächte stehen wird.

Demgegenüber sammeln und mobilisieren wir Kommunisten die Arbeitermassen zum Kampfe gegen die imperialistische Kriegsgesfahr, zur revolutionären Verteidigung der Sowjetunion und der chinesischen Revolution.

Gräfe (Woll.) fordert die Deutschnationalen auf, den geraden Weg zu gehen und die Koalition zerplatzen zu lassen.

Urban (Hinter Kom.) : Was die Sowjetdelegation in Genf zu sagen hatte, war nur eine radikale Lösung dessen, was die Sozialdemokraten sagen.

Stresemann: Von einem neudeutschen Imperialismus könne nicht gesprochen werden. An die französische Adresse sei jetzt die Mahnung zu richten: Kommt mit der Idee von Locarno Gemeingut des deutschen Volkes werden kann. Der Gedanke der Verständigungspolitik habe seit der Bildung der jetzigen Regierung im deutschen Volke wesentliche Fortschritte gemacht.

Breitheid (SPD.) : Wir stimmen mit der Kritik Stresemanns an den gestrigen Verhandlungen im französischen Senat völlig überein.

Dr. Birth (Zentr.) : Herr Minister Dr. Stresemann, wir begrüßen Sie als den Minister der lokalen Opposition dieses Hauses. Wenn wir das heutige parlamentarische System betrachten, kommen wir zu sehr pessimistischen Schlussfolgerungen. Birth bezeichnet sich selbst als Redner der Opposition. Er nennt die Politik der Deutschnationalen doppelte Durchführung.

Schnee (D. Sp.) kritisiert die englische Politik in den ehemals deutschen Kolonien in Afrika.

Stresemann erklärt dazu, die deutsche Regierung werde sich gegen eine Verletzung der Mandatsgrundsätze wenden.

Ein kommunistischer Misstrauensantrag gegen den Außenminister wird gegen die kommunistischen und völkischen Stimmen abgelehnt.

Der Etat wird nach den Vorschlägen des Ausschusses mit den Ausschluß-Entscheidungen angenommen.

Der Bürgerblut gegen die Betriebsräte

Bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes, zu dem eine ganze Anzahl kommunistischer Anträge vorliegen, haben die Regierungsparteien jetzt einen Ausschußantrag eingebracht, der der weiteren Vereinfachung der Unternehmeroffensive gegen die Betriebsräte dienen soll.

Bestimmt das gegenwärtige Gesetz noch immerhin, daß bei Ablauf der Amtsdauer der Betriebsrat oder der Unternehmer einen Wahlvorstand zu bestellen haben, so soll in Zukunft das Gesetz die Möglichkeit bieten, von der Bestellung des Wahlvorstandes abzusehen und somit die Neuwahl des Betriebsrates unmöglich zu machen.

Als Vertreter der kommunistischen Fraktion wandte sich Genosse Kädel mit aller Entschiedenheit gegen diese den Abbau der Betriebsräte über den Willen des Gesetzes und stellte fest, daß diese Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes der Unternehmeroffensive in den Betrieben noch größeren Spielraum verschaffe. Die Verletzungen wurden schließlich ohne Ergebnis abgewiesen.

In der Mittwoch-Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses wurden die Beratungen über die zum Betriebsrätegesetz vorliegenden Anträge fortgesetzt. Genosse Kädel nahm nochmals Gelegenheit, auf die Tatsache hinzuweisen, daß die Wahlen für die Betriebsräte in diesen Fällen durch die Terrormaßnahmen der Unternehmer verhindert würden und fordert deshalb wirksamen Schutz für die Arbeiterschaft. Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Fraktion erwiderte es, gegen den Antrag der Regierungsparteien einen prinzipiellen Kampf zu führen. Sie reichte ihrerseits einen Änderungsantrag ein, nach dem das Antagsrecht auf Einsetzung eines Wahlvorstandes auch die Gewerkschaften bekommen sollen. Trotzdem dieser Antrag der Sozialdemokraten Annahme fand, ist mit der ebenfalls erfolgten Annahme des Antrags der Regierungsparteien das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen durchlöcherlich geworden. Nur die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, deren Folgen sich bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen zeigen werden.

Die Durchführung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müsse durch Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft gewährleistet werden. In schärfster Weise wendet sich Genosse Kädel gegen den Plan der Regierungsparteien, dessen Zweck es ist, die Unternehmer beim Abbau der Betriebsräte zu unterstützen.

Verschärfung des Kampfes in Mitteldeutschland

Hannover, 2. Februar (Eig. Drahtb.) Die gestrige Sitzung der mitteldeutschen Metallindustriellen in Braunschweig und Hannover hat die Verschärfung des Kampfes im Rahmen gegen die streikenden und ausgeperrten Metallarbeiter beschlossen, deren Einzelheiten noch nicht bekannt sind. Weiter wurde beschlossen, daß die mitteldeutschen Metallindustriellen sich sofort mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller in Berlin in Verbindung setzen, um einen Beschluß herbeizuführen, nach dem der Gesamtverband der Deutschen Metallindustriellen sämtliche in Aussicht genommene Maßnahmen der Metallindustrie von Braunschweig und Hannover „zum Schutze der mitteldeutschen Metallindustrie“ reiflos billigt und unterstützt. Die Metallarbeiter müssen also mit weiterer Aussperrung in Mitteldeutschland, der Auflegung schwarzer Listen in den übrigen deutschen Industriegebieten, dem schärferen Einsatz der polizeilichen Machtmittel, neuen brutalen Vorstößen der Klassenjustiz und der kommunalen Bürokratie rechnen.

Halle, 2. Februar. (Eig. Drahtb.) Auch heute sind aus den bestreikten Betrieben keinerlei Veränderungen zu melden. Aufstauende Gerüchte, nach denen Streikbrecher in die Betriebe hineingegangen sein sollen, wurden von uns an Ort und Stelle nachgeprüft und festgestellt, daß diese mit sehr durchsichtiger, tendenziöser Absicht in die Welt gesetzt worden sind und in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. Dasselbe wird uns auch von der Streikleitung bestätigt.

Die Zurechtweisung der Streikenden auf einen guten Erfolg und ein gutes Ende dieses großen Machtkampfes zwischen Kapital und Arbeit wird wesentlich gefördert durch die mit voller Kraft einsetzenden Solidaritätsaktionen und die zahlreichen Sympathieerklärungen der übrigen Arbeiterschaft.

In Halle wurde gestern im großen Volkspark-Saal die erste Lebensmittelverteilung der JMS. an die Streikenden vorgenommen.

Riefenkundgebung der JMS. Halle

Die Antwort auf die Fehlkampagne der Reformisten

Halle, 2. Februar. (Eig. Drahtb.) Die am Dienstag im großen Saal des Volksparkes veranstaltete Kundgebung der JMS. war überfüllt. Mit Frau und Kindern waren die ausgeperrten Metallarbeiter herbeigekommen. Alles war von prächtiger Stimmung besetzt. Das Referat des JMS.-Sekretärs Höder wurde mit Begeisterung aufgenommen. Der starke Besuch der Kundgebung war eine nicht müßig zu verachtende Antwort der Streikenden und Ausgesperrten auf die Fehlkampagne der Reformisten gegen die JMS.

2,6-Pfg.-Schiedspruch für die bayerischen Metallarbeiter

Unter dem Vorherrsche des Mitgliedes der Christlichen Gewerkschaften, des Schlichters Hartmann, wurde für die bayerische Groß-Metallindustrie ein Schiedspruch gefällt, der für mehr als 50 000 Metallarbeiter den bisherigen Lohn von 60 Pf. um 2,6 Pf. auf 62,6 Pf. als Akkordlohn erhöht. Der bayerische Metallarbeiterverband hatte statt 60 Pf. einen Akkordlohn von 80 Pf. verlangt.

Proteststreik der ostoberschlesischen Metallarbeiter

U. Katowitz, 1. Februar. Heute ist die gesamte Belegschaft der Bismarck- und Galvanitte in Stärke von über 3000 Mann in einen 24stündigen Proteststreik getreten, weil die Wiedereinführung des Achtstundentages in den letzten Wochen trotz Zustimmung seitens des Arbeitsinspektors noch nicht vorgenommen worden ist. Daraufhin begab sich der Arbeitsinspektor sofort nach Warschau, um zu veranlassen, daß weitere Arbeiterkategorien in den Achtstundentag einbezogen werden. Die Lage der ostoberschlesischen Metallarbeiter hat sich durch diesen Zwischenfall wesentlich verschärft.

Riefenstreik in Barcelona

U. Berlin, 2. Februar. Wie die Morgenblätter aus Barcelona melden, hat die neuerdings erhobene Pohnsteuer in Barcelona eine mächtige Streikbewegung entfacht. Es streiken bereits 45 000 Arbeiter. Von dem Streik sind die verschiedensten Industriezweige betroffen.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Walter Jacoby I verhaftet

U. Berlin, 1. Februar. Wie der Amtliche Preussische Pressendienst meldet, ist Staatsanwaltschaftsrat Dr. Walter Jacoby I in den späten Abendstunden des 1. Februars durch den Untersuchungsrichter auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft verhaftet worden. Die Vernehmung nicht nur der Angeklagten, sondern auch der Zeugen in der Sache Bergmann werden heute fortgesetzt, zumal der Angeklagte Bergmann heute bereits vom Untersuchungsrichter ausführlich verhört werden wird. Schon im Mittelpunkt der gestrigen Vernehmungen standen die Auslagen zweier Hauptbelastungszeugen gegen Bergmann, des Direktors Käsel von der Treuhändergesellschaft für Handel, Industrie und Gewerbe, und des Majors Linke, die in sehr langen ausführlichen Darlegungen nicht nur Staatsanwalt Jacoby, sondern auch die Beamten des zuständigen Polizeibüros belasteten.

Erbauliches aus dem Femeauschuß

Berlin, 2. Februar. (Eig. Drahtb.) Vor dem Femeauschuß wurde zunächst Oberleutnant a. D. Ahlemann vernommen, der darauf hinwies, daß der sozialdemokratische Abgeordnete

Oberschlesien

Waffenentlassungen bei der Borfig-WG.

Je näher der Termin rückt, an dem die Arbeiter ihre Lohnforderungen zu stellen haben, desto eifriger können die Unternehmer auf Waffenhilfen. Rückständig sollen die Arbeiterinteressen den Profitsinteressen des Kapitals untergeordnet werden. An erster Stelle marschieren wieder einmal die Borfig-WG. Am 31. Januar wurde dreihundert Mann, darunter auch Betriebsratsmitglieder, auf der Hedwig-Wunsch-Grube gefälligst, Weiter 300 sollen noch in dieser Woche gefälligst werden. Insgesamt sollen in den nächsten

Wochen über 1000 Mann zur Entlassung kommen. Die derzeitige Belegschaftsziffer von Hedwig-Wunsch-Grube beträgt 4200.

Auf der Ludwigsglückgrube, die gleichfalls zur Borfig-WG gehört, sollen ebenfalls 300 Mann zur Entlassung kommen. 40 Kumpels haben ihre Kündigung schon erhalten.

Die Arbeiterchaft darf sich durch diese Maßnahmen von der Vorbereitung der bevorstehenden Kämpfe nicht abhalten lassen.

Aus der Geschichte des Gleiwitzer Stadtvermessungsamtes

Anlässlich des 30-jährigen Bestehens des Vermessungsamtes in Gleiwitz gibt das städtische Presseamt folgenden interessanten Rückblick: Bismarck ist die Leute aufgefallen, die mit den weißen Stangen, den Maßbändern, Altimeterinstrumenten usw. auf den Straßen und Plätzen, auf Grundstücken und an Flüssen in unserer Stadt sich zu schaffen machen. Ungeachtet des Verkehrs verdrängt der Vermessungsbeamte seine Aufzeichnungen, um dann dieses Material für alle seine Arbeitsgebiete, wie Stadterweiterung, Stadtpläne, Wasserbau, Kanalisation, Straßenausbau, Bahnanlagen, Grundstücksbau und Neuvermessung auszuwerten. Bei jeder Gelegenheit im Hoch- und Tiefbau zeigt es sich, wie wichtig diese Organisation ist. Nicht immer hat die Kommunalverwaltung ihre Notwendigkeit anerkannt, und wie uns die Geschichte lehrt, hat das Stadtvermessungsamt sich erst durch Gesetzgebung durchgesetzt. Im Jahre 1875 kam das bekannte Fluchtliniengesetz in Preußen heraus, das im Vermessungswesen eine ganz neue Technik geschaffen hat. Unter den ersten 20 Stadtvermessungsämtern, die von den preussischen Kommunalverwaltungen geschaffen wurden, befindet sich auch die Stadt Gleiwitz, die ein solches Amt eingerichtet hat. Die Eingemeindung der Kolonie Neudorf, der Stadtteile Tschynel, Petersdorf und vor allem die Kanalisation und Entwässerungsanlage ergab die Notwendigkeit der Schaffung des Gleiwitzer Stadtvermessungsamtes, und am 15. Juni 1897 trat der vereidete Landmesser Franz Schreiber in den Dienst der Stadt ein, der bereits am 1. April die Stadtvermessungseigenenschaft erwarb. Es war gerade nicht übermäßig, was er hier an Kartenmaterial vorfand. Der Bestand zeigte einen Uebersichtsplan von Gleiwitz vom Jahre 1750, einen Plan von Gleiwitz und Umgegend, ausgearbeitet im Maßstab 1:1200 im Jahre 1812, der 110 Taler kostete, eine Kopie der Innenstadt (Maßstab 1:6000), deren Anfertigung 15 Taler kostete, einen Plan von der Markhorner und Neuthener Vorstadt, gefertigt durch den Kgl. Regierungslandmesser Sternitzky auf Grund von Neuvermessung im Jahre 1833, einen Plan der Innenstadt, angefertigt durch den Kgl. Feldmesser Perleth im Jahre 1839, auf Grund von Neuvermessung, einen Plan der Innenstadt im Maßstab 1:500 vom Kgl. Feldmesser Jauner, einen Bebauungsplan, angefertigt im Jahre 1849 durch Steuerinspektor Friltsche (es war dies eine Kopie der Katasterkarte), einen Bebauungsplan von Gleiwitz, aufgestellt in den Jahren 1876-1879 durch Kgl. Baumeister Regierungsfeldmesser und Ingenieure Marg und Balke (10300 Mark). Die Kolonie Neudorf wurde bei der Eingemeindung zur Stadt Gleiwitz im Jahre 1892 durch Haud aufgemessen. Über dieses Material hatte noch der Nachteil, daß die in Altortsbüchern vergebene Anfertigung nur so viel Kartenunterlagen nachwies, wie für den betreffenden Zweck notwendig waren. Für das neue Amt erwuchs daher ein großes Arbeitsgebiet. Die Hauptaufgabe des Vermessungsamtes war, Kartenmaterial zu beschaffen, das allen städtischen Zwecken genügt. Als Unterlagen für städtebauliche Projekte kamen die vorhandenen Pläne nicht in Frage, weil sie als staatliche Katasterkarten und für andere Zwecke hergestellt waren. Eine Neuvermessung des gesamten Stadtgebietes mußte erfolgen, wobei Landmesser Schreiber das trigonometrische Netz, das an das Dreiecksnetz der Landesvermessung angeschlossen ist, als Rahmen nahm. Im Anschluß an das trigonometrische Netz wurde ein Polygonnetz gelegt, in dem die Winkel mit dem Theodolit und die Seiten durch Längennetze bestimmt sind. Er gliederte diese Arbeit in die Festlegung des trigonometrischen Netzes, des Polygonnetzes und die Durchführung der Stadtvermessung. Es wurden Kartenblätter im Maßstab von 1:1000 für den unbebauten Teil, 1:500 für den bebauten Teil und 1:250 für den engbebauten Teil angefertigt. Bekanntlich hatte Gleiwitz durch die Eingemeindung von Neudorf, Tschynel und Petersdorf eine Vergrößerung auf 2800 Hektar erreicht. Es wurden Kartenblätter angefertigt, deren Zahl schließlich 88 erreichte. Als die Eingemeindung 1927 erfolgte, vergrößerte sich das Stadtgebiet auf 5600 Hektar, und die Kartenblattzahl wuchs auf 159. Jedes Kartenblatt ist 10x0,66 Mtr. groß. Diese Kartenblätter angeschlossen aneinander gereiht, würden einen Gesamtplan im Maßstab von 1:1000 von 10,25 Mtr. im Quadrat ergeben. Da nicht nur die Grundstücke in ihren Grenzen mit den Bauhöhen aufzunehmen sind, sondern Straßenbahngleise, Bäume, Brunnen, Laternen, Kanalisationsröhren, Bordsteine, Regeneinfänge, Wassertürme u. a. m. in die Pläne genau kartiert werden müssen, kann man sich vorstellen, wieviel Arbeit bei der Einzelaufnahme der sogenannten Stadtvermessung zu leisten ist. Nicht zu übersehen ist, daß die Neuvermessung sozusagen nebenher gemacht werden mußte und daß bei der Schaffung des Vermessungsamtes heute wohl unvorstellbare Schwierigkeiten sich entgegenstellten. Für die Allgemeinheit ist es von beludender Wert, wenn die Neuvermessung in das staatliche Kataster übernommen wird. Die alten Katasterunterlagen entsprechen in diesen Fällen nicht den heutigen Anforderungen, werden durch Übernahme der Neuvermessung ersetzt und ein rechtlich einwandfreies Kataster geschaffen. Während bisher Neuvermessung von Fall zu Fall geschah, sollen die Katasterkarten jetzt gleichzeitig erneuert werden. Mit der staatlichen Regierung hat die Stadt bereits einen diesbezüglichen Vertrag abgeschlossen. Ihren Wert behalten die Karten aber nur dann, wenn sämtliche Veränderungen stets berücksichtigt werden. Die Höhenmessungen sind von der gleichen Wichtigkeit wie die Lagemessungen. Es wurde ein Netz von Höhenpunkten gelegt, das sich über das gesamte Stadtgebiet erstreckt und an die Höhenfestpunkte des Reichsamtes für Landesvermessungen angeschlossen ist. Man wählte den Maßstab 1:2500. Die Lage- und Höhenmessungen bilden die Grundlage, nach welchen seitens des Vermessungsamtes die eigentlichen Fluchtlinienpläne entsprechend dem Entwurf der Stadterweiterungsabteilung angefertigt werden. Die technische Durchführung der Fluchtlinienverfahren und die Uebersetzung des Entwurfs in die Vertikaltabelle werden gleichfalls durch das Vermessungsamt durchgeführt. Dadurch werden die Grundstücke baulich gestaltet, die ungünstigen Formen beseitigt. Gleiwitz hat seit dem 28. Juni 1903 das Gesetz über die Umlegung von Grundstücken. Eine

größere Umlegung erfolgte im Jahre 1924, wo in einer Gesamtgröße von rund 60 Morgen die Baureifgestaltung erfolgte. Es handelt sich um den Grundstückskomplex zwischen Friedrichs-, Freundes-, Molkestraße und am Preußenplatz. Wenn man bedenkt, daß die Umlegung ein Jahr dauerte, dann kann man sich den rechten Begriff von der Arbeit einer solchen Umlegung machen. Das Vermessungsamt, das in enger Verbindung mit der Grundstücksverwaltung steht, hat bei der Errichtung von Neubauten auch baupolizeiliche Aufgaben zu erfüllen. Die richtige Eintragung, die zulässige Bebauung, die Herstellung sämtlicher Grundbesitz-, Austausch- und Entzignungspläne Beachtung der Auflassungsvorschriften, Schätzung der Grundstückspreise, Vertretung der Stadt bei Grenzterminen usw. sind die Arbeiten des Vermessungsamtes. Nachweisung, Kartieren, Gebäudebeschreibungen und Vertikalen sind vorhanden, so daß an Hand dieser Unterlagen eine sichere objektive Schätzung gewährleistet ist. In unserer Zeit wurde das Vermessungsamt beratend ausgebaut, daß es mit fast sämtlichen Abteilungen der städt. Verwaltung in Verbindung steht. Pläne für Uebersichts- oder Organisationszwecke der Allgemeinverwaltung, der Polizei, des Steuerwesens, der Schulabteilung, des Wohlfahrtsamtes, der Forst-, Garten- und Friedhofsverwaltung u. a. m. werden im Vermessungsamt angefertigt. Es wurde in das Dezernat des Stadtbaurats gezogen, und Oberlandmesser Schreiber leitete bis zum Monat März 1924 ununterbrochen das Stadtvermessungsamt. Dann war die Stelle bis Ende 1924 verwaist. Erst am 16. Januar 1925 wurde Oberlandmesser Kretz mit der Leitung des Vermessungsamtes betraut, in dem heute vier Beamte und 21 Angestellte tätig sind. Es hat sich gezeigt, daß bei der Weiterentwicklung von Handel und Wandel, Industrie und Landwirtschaft das Stadtvermessungsamt ein wichtiges Glied der städtischen Verwaltung ist.

Gleiwitz

Diktatur der reformistischen Gewerkschaftsührer

Der Angestellte Sguda des DMB, Ortsgruppe Gleiwitz, scheint eine merkwürdige Auffassung von den Rechten der Mitglieder in einer freien Gewerkschaft zu haben. Sobald seine Auffassung nicht die Mehrheit der Versammlung findet, wendet er alle Kräfte und Spitzfindigkeiten an, um solche Beschlüsse zu umgehen. Charakteristisch für seine Einstellung und seinen Geist war die Versammlung der DMB-Mitglieder von Hegenscheid. Wir werden im Interesse der freigewerkschaftlichen Bewegung im jetzigen Augenblick von einer eingehenden Kritik Abstand nehmen, behalten uns jedoch vor, falls Sguda weiter sein verhandlungsunfähiges Spiel treiben sollte, dieses vor der gesamten Arbeiteröffentlichkeit zu brandmarken.

Alle Metallarbeiter von Hegenscheid fordern wir auf: Organisiert euch im Deutschen Metallarbeiterverband, kämpft mit der Opposition gegen die Eigenmächtigkeit der Reformisten.

ACHTUNG!
AUS DER PROVINZ WIRD UNS GESCHRIEBEN:

Gleiwitz, den 2/1. 28
Hark Gropfen!
Tschynel fünf, neun
einzig vertrieben sind die
Informationsmaterial zu
bestellen, dann druf ich für
ein Stückchen im
Platzhaken von besond
reinstigere Verbindung, weil
wichtige Probleme nicht
eingelöst in der Parteigrupp
oder für jenen Gropfen beson
der werden können.
Es fehlt mir aber moment
an Papier für die abge
geben, so auf fünf 2. Mon
ten verbleibe für die
so aber im Bezug im
Landesvermessungsamt ab
geben.
Mit dem Grupp
L. Schilling

DAS INFORMATIONS-MATERIAL ist zu bestellen bei der Geschäftsabtlg. des Z. K. d. KPD Berlin, Kl. Alexanderstr. 25, gegen Überweisung von 3.- Mk. Jahresabonnementspreis auf das Postscheckkonto Hugo Eberlein Berlin Nr. 30 439. Ordernappen werden gratis geliefert. Bestellt sofort!

Hindenburg

Stahlhelmzentrale in der Karbidfabrik Bobref (Neubau)

Im August 1927 wurde über die Zustände in der Karbidfabrik Bobref bereits berichtet. Heute sei weiteres mitgeteilt. In der Nacht vom 26. zum 27. Januar hatten die Stahlhelmmitglieder im Schutze der Dunkelheit an die Bauarbeiten dieser Fabrik Flugblätter angebracht, in denen der russische Sowjetstaat in der gemeinsamen Weise verurteilt und zum Eintritt in den Stahlhelm aufgefordert wird. Diese verblendeten Arbeiter, die genau so ausgebeutet werden wie wir, verrichten für die Bourgeoisie Fensterbeschleiben. Einer der bedeutendsten ist der Poller Normal der Firma Guita. Dieser nimmt sogar Nacharbeiten vor. Ein Arbeiter, der mit solchen Organisationen nichts zu tun haben will, und die Arbeiter über ihr schamloses Treiben aufklären wollte, wurde durch N. voriges Jahr wiederholt bedroht. Eines Abends sagte er: „Den Kerl macht hute fast. Wir werden kraftfrei ausgehen, denn für uns gibt es keine Strafe, wenn wir einen Kommunisten totschlagen.“

Wohl ist den Drohungen die Tat nicht gefolgt, doch charakterisiert diese Äußerung die Einstellung des Stahlhelms. Arbeiter, habt ihr nicht genug von dem Völkermorden 1914-18? Wollt ihr ein zweites Blutbad haben? Habt ihr vergessen, wer unseren Liebstecher und unsere Augemburg ermordet hat? Heraus aus dem Stahlhelm, der nicht eure, sondern nur die Interessen der Kapitalisten vertritt!

Beuthen

Warnung. Vom Verband der Arbeitsinvaliden und Witwen wird um geschrieben: Aus weiten Kreisen der Knappschicksalsträger sowie Rentner hört man Klagen über den ehemaligen Vorsitzenden Joh. Adorf sowie W. J. aus Beuthen OS., die sich erlaubt haben zu behaupten, sie seien Kontrolleure des städtischen Wohlfahrtsamtes. Am 21. Januar 1928 erschien Joh. Adorf in der Wohnung der Witwe M. u. H., Neustraße 6, und gab sich als bevollmächtigter Beamter des Wohlfahrtsamtes aus. Er gab an, er müsse im Auftrage des Wohlfahrtsamtes feststellen, was für eine Rente und in welcher Höhe sie diese beziehe. Nachdem er dies festgestellt hatte, bemerkte er folgendes: „Wollen Sie Ihre Rente noch weiter beziehen, so müssen Sie dem von mir gegründeten Deutschnationalen Verband beitreten!“ Mit diesem Schwindelmannöver betrauten Adorf und W. J. auch ihr Handwerk. Wir haben im Wohlfahrtsamt feststellen müssen, daß Adorf und W. J. im Wohlfahrtsamt nicht bekannt, noch weniger beauftragte Beamte sind. Also Vorsicht vor den beiden Aposteln! Wir müssen bemerken, daß Joh. Adorf nicht mehr Vorsitzender beim Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen ist. Er wurde wegen Unregelmäßigkeit vom Hauptvorstand W. J. a. u. g. e. l. o. s. e. n. Er gründete darauf einen Interessenverband und betreibt so seine Schwindelmannöver weiter, indem er bei jedem Besuche behauptet, daß der Zentralverband nicht mehr bestehe und sein Verband als Ersatz zu betrachten sei. Darum Vorsicht! Zeigt ihm keine Rentenbescheide, sondern weist ihn zur Tür hinaus!

Oppeln

Das Wohlfahrtsamt will die Sozialrentner verreden lassen. Nachstehend ein bezeichnendes Beispiel aus der Praxis des Wohlfahrtsamtes: Ein Sozialrentner war zwei Monate krank und bedurfte ärztlicher Behandlung. Diese wurde ihm vom Wohlfahrtsamt aber nur auf sechs Mal gewährt. Dies genügt nicht. Er verlangte weitere Behandlung. Diese wurde ihm anfänglich verweigert. Als Begründung gab Herr Hoffmann an, daß die Stadt kein Geld habe. Er könne aber zehn Prozent zur Behandlung zuzahlen. Gleichfalls regte sich dieser „Wohlfahrts“mensch noch auf, daß der Sozialrentner zum Dr. Kwozjel ging, anstatt zum Dr. May, weil Dr. K. zu teuer sei und viel verschreibt.

An alle Parteimitglieder und NSB-Kameraden. Die Leitungen aller Organisationen haben sich vorgenommen, in der Zukunft alle Veranstaltungen im Versammlungskalender der „Arbeiter-Zeitung“ bekanntzumachen. Wir bitten daher alle Parteimitglieder und Kameraden, täglich den Versammlungskalender zu verfolgen.

Bürokratismus gegen Arbeitslose. Das Stempeln ist jetzt beim Arbeitsamt in Oppeln reduziert worden, aber ein großer Uebelstand besteht noch weiter. Das Ausgeben von Krankenscheinen ist das Uebel. Diese werden erst nach 12 Uhr ausgegeben. Der Arbeitslose kann also, wenn er stempeln geht, und gleichzeitig einen Krankenschein benötigt, entweder zwei Stunden warten oder sich den Weg zweimal machen. Sogar bei dringenden Fällen wird vor der bürokratischen festgesetzten Zeit der Krankenschein verweigert. Keine Rücksicht wird genommen, ob ein Mensch in den letzten Tagen krank oder nicht. Dabei kommt es oft vor, daß die Angestellten Zeit übrig haben. Fräulein Hoffmann z. B. sah einmal zum Fenster eine ganze Zeit hinaus, ließ sich aber nicht herab, einer Arbeitslosen den Krankenschein sofort zu geben. Dieser Uebelstand muß sofort beseitigt werden. Es wird damit nur das Recht, als Mensch behandelt zu werden, verlangt. Die verantwortlichen Instanzen müssen, wenn sie das nicht selbst sehen, von den Arbeitslosen dazu gezwungen werden.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen
- Donnerstag, 2. Februar: Biskupig, 19.30 Uhr in der Gaststätte Bericht des Auslandsdelegierten Dittmar.
- Bobref, 18 Uhr auf dem Marktplatz Protestversammlung gegen die Arbeitermishandlungen auf Johannaschachtanlage.
- Wittschütz, 10 Uhr im Bolal-Brauer außerordentliche Mitgliederversammlung. Referent Genosse Wlagau.
- Hindenburg, Freitag 19.30 Uhr im Saal Glaser Bericht des Auslandsdelegierten Dittmar.
- Katibor, Freitag 19 Uhr im Lokal „Kaiserkrone“ Kurzausabend.
- Jaborze, Sonnabend 18 Uhr im Saal Herzel, Jaborze-Dorf, Bericht des Auslandsdelegierten Dittmar.
- Roter Frontkämpfer-Bund
- Oppeln, Sonnabend 19.30 Uhr Bildungsabend im Schützenhaus. — Thema: „Wie verhält sich der Proletariat bei Verhaftung und wie verteidigt er sich vor Gericht?“
- Oppeln, Sonntag Ausmarsch nach Muchewitz. Antreten mit der Kapelle um 13 Uhr am Schützenhaus.
- Oppeln, Montag 19.30 Uhr Lichtbildervortrag „Waffen des Zukunftskrieges“, im Saal, wo der Kurzaus der Partei stattfindet.

Beuthen

Metallbetten

Auflegematrizen aus eigener Werkstatt
Koppel & Taterka, Hindenburg
Kronbringerstraße 127 — Telephon 3190
Beuthen, Piesker Straße 23
Telephon 2049, 2049

Kehraus-Inventory-Verkauf

Stein & Korlowski

BRESLAU RING 25

NUTZEN SIE DIE ENORMEN VORTEILE

NUR NOCH WENIGE TAGE

NUR NOCH WENIGE TAGE

Preise z.T. nochmals herabgesetzt

LEINEN-HAUS

Stadttheater Breslau
(Opernhaus)

Dienstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie A 12
Gidelis

Mittwoch, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie B 12
Der Fieserstrahl

Donnerstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 12
Die Schwestern von Schwaben

Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 12
Die Prinzessin von Trapani

Sonntag, 19.30 Uhr
Schauführung
Das Wunder der Goliath

Schauspielhaus
Operettenbühne
Breslau
Tel. Stephan 36 800

Täglich 20 Uhr

Eine Frau von Format

Sehr weise elegante
Grad-
Smock- und
Gehrod-Anzüge
H. Mohaupt
Karlstr. 11, E. 9. 1301
früher Albrechtstraße

Carl Bräuers Festäle
Gabitzstrasse 22
Jeden Donnerstag und Sonntag
Großer Ball

Bekanntmachung.
Pfänder - Versteigerung

am Donnerstag, dem 9. Februar 1928
vormittags 9 Uhr
Rote Scheine bis Nr. 71 000
Weiße Scheine bis Nr. 14 000
Verlängerungen werden nur bis zum
4. Februar 1928 angenommen.
Zum 8. Februar, mittags 1 Uhr ab, bis
zum 10. Februar, mittags 1 Uhr, ist das
Leihhaus für Entnahme und Ausgabe
von Pfändern geschlossen.

Städtisches Leihhaus
Breslau, Messergasse 9, Ecke Eindegasse

Vereinigte Theater
Breslau

Lobe-Theater
Montag, den 30. 1. 28
„Spiel im Schloß“
Dienstag, 31. 1., 20 Uhr
„Abgemacht - Kuß“
Donnerstag, 2. 2., 20 Uhr
„Die Menschenfreunde“
Freitag, 3. 2., 20 Uhr
„Abgemacht - Kuß“
Sonntag, 4. 2., 20 Uhr
Schauführung
„Trommelleder“

Thalia-Theater
Bon Sonntag, den 29. 1. bis
Freitag, den 3. 2. 28
„Die Lüge“
Sonntag, den 4. 2. 28
Zum ersten Male!
„Das Kamel geht durch
das Nadelöhr“

Möbel

Küchen, Kompl., 7-8g. von 30.- Mk. an
Schränke, pol., 2-türig von 40.- Mk. an
Ausziehtische von 35.- Mk. an
Polierte Stühle von 3.50 Mk. an
Prof. w. Schulz-Norren u. Spezialzimmer
Casselerstr. 20, Tel. 1111, Patent- u. Anlege-
matratz. u. alle Art. Einzel- u. Kleinfabrik
Biener & Dührig
Sohl- u. auf Möbel / es detail, es gran
Rosenstr. 107 u. Weidenbergweg 18/20

Fischwaren-
Spezialgeschäft
Kurt Röhl
Breslau
Vorwerkstraße 73

Noch billiger
blutr. grüne
Heringe 18

Pfund nur 85
Seelachs ohne Kopf Pfd. nur 36
Kabeljau nur 42
Schellfisch / Goldbars
ferner delikate
Bratheringe 82
2 Pfd.-Dose 10-12 Fische

Nordsee
Bohrner Str. 2, Schmiedebücke 19
rechts v. Ring aus, Neue Schweid-
nitzer Str. 5 a, Anderssonstraße 2
Helfritz, Breslauer Str 27

Hallo! Hallo!
Naturfreundefest i. Eulengebirge
Sonntag, d. 4. u. Montag, d. 6. Februar
in allen Sälen des Gewerkschaftshauses
Gebirgsdekoration
Schles. Hamon / Bandengrubler / Bauernkabarett
Würfelsbude / Glücksräder
Touristen- und Wanderkluft ist erwünscht
Beginn 7 Uhr Ende 2 Uhr

10 Worte
Genossinnen
sagt beim Einkauf den Geschäftsleuten
„Wir kommen zu Ihnen, weil Sie
in unserer Zeitung inserieren!“

Inventory-Verkauf

Ein Angebot
von seltener Preiswürdigkeit
in unseren bekannt guten u. erprobten Qualitäten

10%
Kassen-
rabatt.

Bettwäsche

Linonbezug gedieg. Qualit. z. Knöpf, 1 Deck-
bett, 130x200 cm, mit 2 Kissen
80x100 cm 10.25, mit 2 Kissen 80x80 cm . . . 9.50

Linonbezug gedieg. Qual. m. reich. Plattstick.
z. Knöpf, 1 Deckbett, 130x200
cm m. 2 Kissen 80x100 cm, 11.91 m. 2 K. 80x80 11.25

Bettlaken aus kräftigem Lakenkreuz- Größe
140x200 cm 3.10

Handtücher

Weißleinen Drell kräftige Qualität 40 cm
breit Meter 68

Gerstenkorn weiß m. roter Kante 47 cm breit
Meter 78

Jacquard vollweiße, mittelstarke Ware, ge-
säumt 48x100 cm 90

Küchenwäsche

Handtuch solide grauweiß gestreift, Qualität,
gesäumt 48x100 cm 46

Handtuch grau-leinweiß gestreift gesäumt
47x100 cm 75

Handtuch reinleinen gestreift, gedieg. Qua-
lität, gesäumt 47x100 cm 85

Damenwäsche

Taghemd mittelstark. Hemdentuch m. Stick.
1.60, 1.25

Taghemd Achselanschluß mit Stickereigarnier,
halbkreis Wäschetuch 2.50, 1.80

Untertaille reinfäd. Wäschetuch, mit Stick.
und Stickereigarnier 1.25, 1.15

Hemd hose elastisch gew. k. Tr kot, Windel-
verschluß 1.35, 80

Hemd hose mittelfeines Hemdentuch m. Hohl-
säumchen 2.00, 1.85

Schlüpfer kräftiger Trikot, innen geraut, in
vielen Farben 1.75

Strümpfe Seidenflor mit Doppelsohle und
Hochferse, in allen Farben 95

Besondere Gelegenheit
Ein Posten einzelne Gardinen, Halb-
stores, Bettdecken und Sonnenvor-
hänge, teilweise leicht angestaubt,
außergewöhnlich billig!

J. Mankor
Kupferschmiedestr. 42

2 extra billige
Lebensmitteltage
Freitag, den 3. 2. u. Samstag, d. 4. 2. 1928

Wir verkaufen
noch billiger!

Grosse Linsen weidkochen	1 Pfund nur	25
Viktoria-Erbsen ungeschält	1 Pfund nur	28
Geschälte Erbsen ganze	1 Pfund nur	33
Weißbohnen weidkochen	1 Pfund nur	19
Goldhirse	1 Pfund nur	27
Glasreis Tafelreis	1 Pfund nur	27
Gerstenkaffee glasert	1 Pfund nur	21
Bierschnittmehl	1 Pfund nur	49
Weizenmehl 000 blütenweiß	1 Pfund nur	21
Kaiser-Auszugmehl glatt	1 Pfund nur	24
Kaiser-Auszugmehl halbriffig	1 Pfund nur	25

Zur Räumung der Restbestände:
Romänische Walnüsse beste Ware, 1 Pfund nur 40

nur in den
Mühlenniederlagen
d. Waren-Vertr.- u. Eink.-GmbH.
Bismarckstr. 37 Lobestr. 67
Friedrichstr. 13 Matthiasstr. 113
Gräbchener Str. 91 Schatzinger Str. 58
Lehmgrabenstr. 77 Taxantzenstr. 198
Westendstr. 53/55, Ecke Lantzenstr.

Albert Stosch
Breslau, Herzogstrasse 36
Filiale Vorwerk- Ecke Lützowstraße
Billigste Lebensmittel
Reellste Bedienung

Möbel
Stadtbekannt
gut und billig
P. Rogoll
Möbelfabrik, Matthiasstr. 59

RFB. u. Partei-Lokal
Gasthaus „Zur Lindenblüte“
Anton Zoudlick
Breslau, Königgräber Straße 10

Görlitz

Für die mir beim Heimgange
reines Mannes
Adolf Mende
erwiesene Teilnahme danke ich herz-
lichst. Besonderer Dank für die trost-
reichen Worte dem Gen. Ulrich, sowie
der Kapelle des RFB., der KPD., der
RJ., dem RFMB. und seinen Arbeits-
kollegen.
Katharina Mende
Görlitz.

„Einigungskongreß“ der Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei

Mit großer Kellame wurde ein gemeinsamer Kongreß der tschechischen und deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei vorbereitet. Er sollte nach den sozialdemokratischen Anklängen einen wesentlichen Schritt zur Vereinheitlichung der sozialdemokratischen Bewegung in der Tschechoslowakei darstellen. Nun hat der Kongreß am 28. und 29. Januar in Prag stattgefunden.

Die Spaltung der sozialdemokratischen Bewegung in eine tschechische und eine deutsche nationale Gruppe war schon vor dem Kriege vorhanden. Seit 1905 gab es keinen gemeinsamen Parteitag der deutschen und tschechischen Sozialdemokratie im alten Oesterreich. Die nationalen Gegensätze der beiden Sozialdemokratien haben sich nach der Gründung der tschechischen bürgerlichen Republik verschärft. Während sich die tschechische Sozialdemokratie in einem chaotischen Taumel nationalistischer Begeisterung nicht nur „auf den Boden der Republik“ stellte, sondern als ausschlaggebende Regierungspartei die bürgerliche Republik zu gründen und zu festigen half, blieb die deutsche Sozialdemokratie der Tschechoslowakei in der Opposition. Diese Opposition hatte zweifache Wurzeln: einmal und vor allem wirkte der nationale Gegensatz. Die deutsche Sozialdemokratie der Tschechoslowakei war und ist ebenso deutsch-nationalistisch wie die tschechische tschechisch-nationalistisch. Die deutsche Sozialdemokratie machte ebenso die Einheitsfront mit der deutschen Bourgeoisie der tschechischen Republik mit, wie die tschechische Sozialdemokratie mit der tschechischen Bourgeoisie. Der andere Grund der Opposition war, daß die Führung der tschechischen Sozialdemokratie auf dem äußersten rechten Flügel der Zweiten Inter-

zum Kommunismus aufhält. Ein vergebliches Bemühen! Die kommunistische Partei der Tschechoslowakei, die alle nationalistischen Vorurteile über Bord geworfen hat, und die Werttätigen in einer festen Front zum Kampf gegen die Bourgeoisie anführt, bleibt die Partei des Proletariats der Tschechoslowakei.

Vanderbelde sabotierte die Anerkennung der Sowjetunion

Er forderte „Unabhängigkeit“ Georgiens

Anlässlich der Debatte über die Demolierung der sowjetrussischen Ausstellung in Brüssel durch faschistische Banden machte der belgische Ministerpräsident Jaspar in der Kammer eine auffeherregende Mitteilung über Vanderbelde's Manöver zur Sabotage der Anerkennung der Sowjetunion durch Belgien. Auf eine Bemerkung Vanderbelde's, daß er persönlich für die Anerkennung der Sowjetunion gewesen sei, die damalige Regierung aber diese

Frage nicht auf die Tagesordnung gesetzt habe, antwortete Jaspar, daß Vanderbelde's Politik als Außenminister gegenüber der Sowjetunion in einem merkwürdigen Gegensatz zu dieser Sympathieerklärung stehe.

Vanderbelde habe damals im Ministerrat Bedingungen vorgeschlagen, die die Aufnahme der Beziehungen zur Sowjetunion von vornherein unmöglich gemacht hätten, wenn man sie im Ernst gestellt hätte. Vanderbelde habe nicht nur die Anerkennung und Regelung der zaristischen Schulden an Belgien und vollen Schadenersatz für die durch die Nationalisierung in Rußland geschädigten Kapitalisten, sondern sogar die „Unabhängigkeit“ Georgiens verlangt. Diese letztere Forderung vor allem sei derart weittragend, daß kein bürgerlicher Minister jemals daran gedacht haben würde, ein solches Verlangen zu stellen.

Diese Enthüllung ist um so bemerkenswerter, als die belgischen Sozialdemokraten nach ihrem Austritt aus der Regierung auch den „Kampf“ um die Anerkennung der Sowjetunion zu ihrer Hauptrolle gemacht haben. Die Enthüllungen über Vanderbelde's Sabotagepolitik zeigen, was es mit dieser platonischen Sympathieerklärung auf sich hat.

Der Arensdorfer Mord-anstifter freigelassen!

Die Strafkammer des Landgerichts Frankfurt a. d. O. hat überraschend den Haftbefehl gegen den Hofbesitzer Paul Schmelzer (Vater) aufgehoben, weil nach ihrer Ansicht ein „direkter Fluchtverdacht“ nicht mehr bestehe. Paul Schmelzer wurde befanntlich wegen Anstiftung seines Sohnes, des Stahlschmiedes August Schmelzer, zum Arensdorfer Mord an den beiden Reichsbannerarbeitern Tiege und Wolfant, zu einhalb Jahren Zuchthaus verurteilt.

*

Der aus der Haft entlassene faschistische Hofbesitzer Paul Schmelzer hat bei der Mordtat seinen „mächtig schwachsinigen“ faschistischen Sohn mit den Worten: „Nu aber ran mit der Flinte!“ angefeuert, wobei er immer dicht neben dem Mörder marschiert war. Zahlreiche Dorfbewohner bezeugten diese Tatsache. Vorher hatte der alte Schmelzer bereits mit der Mistgabel auf die durchfahrenden Reichsbannerarbeiter eingeschlagen.

Nach der Verhaftung seines Sohnes August wurde Paul Schmelzer auf einem bürgerlichen Bierabend in Arensdorf unter stürmischem Jubel

als Held gefeiert und zum Ehrenmitglied der deutsch-völkischen Freiheitsbewegung für seine Anstiftung zum Arbeitermord ernannt. Sein Sohn verbrachte fünf Jahre Zuchthaus, während vom Oberstaatsanwalt sieben Jahre für ihn beantragt waren. Gegen den jetzt freigelassenen Paul Schmelzer hatte der Oberstaatsanwalt neun Jahre Zuchthaus wegen Anstiftung zum Mord beantragt, weil nach seiner Ansicht der anstiftende Vater schwerer als der Sohn zu bestrafen sei.

Niemals wurden verurteilte Klassenbewusste Arbeiter, die durch die erlogensten Achtgroßchenjungen-Aussagen in die Kerker geworfen wurden, nach sechs Wochen auf freien Fuß gesetzt. Für Arbeiter existiert immer „Fluchtverdacht“. Schon sind hinter den Kulissen der Bürgerblutregierung und der preussischen Koalitionsregierung politische Schiebungen für die Befreiung der Fememörder im Gange. Die Befreiung des faschistischen Mordanstifters Paul Schmelzer muß durch einen Proteststurm aller kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter beantwortet werden. Dieser Proteststurm wird vor allem dieser faschistenfreundlichen Klassenjustiz die Kampfforderung entgegenhalten: Heraus mit allen proletarischen politischen Gefangenen!

Keine Verhandlungen Polen — UGGA.

Plötzliche Abreise der polnischen Delegation — Drohungen gegen Litauen

Die zur Aufnahme der vorbereiteten Verhandlungen über einen russisch-polnischen Handelsvertrag in Moskau eingetroffenen polnischen Delegierten Golowko, Direktor der Ostabteilung im polnischen Außenministerium, und Sołomski, Direktor der Außenhandelsabteilung im polnischen Handelsministerium, sind, wie wir am Dienstag kurz berichtet haben, nach Warschau abgereist. Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion aus gut unterrichteten Kreisen erfährt, sind die genannten polnischen Delegierten nicht in Verhandlungen mit den Sowjetbehörden eingetreten und haben sich im Außenkommissariat überhaupt nicht sehen lassen. Diese Tatsache hat hier größtes Erstaunen erweckt, da noch am 28. dieses Monats der polnische Außenminister Jazefski dem Sowjetgesandten Bogomoloff gegenüber erklärt hat, daß er Anweisung für eine sofortige Aufnahme der Verhandlungen erteilt habe.

*

Die plötzliche Abreise der polnischen Delegation aus Moskau kann nur als eine neue feindliche Demonstration gegen die Sowjetunion verstanden werden, die zu den Friedensbetenerungen der Bilsubski-Regierung gegenüber der Sowjetunion und Litauen in schreiendem Gegensatz steht. Die Drohungen der polnischen Presse, die sie gegen Litauen neuerdings ausstößt, sind Gradmesser der kriegerischen Absicht Bilsubski's. Da jede Bedro-

hung der Unabhängigkeit Litauens den Frieden in Osteuropa überhaupt gefährdet, ist die Sowjetregierung an der weiteren Befestigung des polnisch-litauischen Verhältnisses auch weiter unmittelbar interessiert.

Die Absichten Polens gegen Litauen beleuchten auch die Kommentare, die die polnische Presse den Berliner Vertragsverhandlungen Wolbomaras gemißet hat. Bilsubski betrachtet den litauisch-deutschen Vertragsabschluß geradezu als einen feindseligen Akt gegen Polen, obwohl nichts natürlicher ist, als daß ein von Polen bedrohtes schwaches Litauen seine Differenzen mit dem benachbarten Deutschland friedlich zu regeln sucht. Die Vereinigung der wirtschaftlichen und politischen Differenzen zwischen Deutschland und Litauen, einem Land, das infolge seiner geographischen Lage den Transitverkehr zwischen Deutschland und der Sowjetunion vermitteln kann, scheint aber nicht in den Kram der polnischen Kriegshetze zu passen.

Es wäre freilich ein Irrtum, im Vertragswerk Stresemanns mit Wolbomaras einen besonderen Beweis „deutscher Friedensliebe“ zu erblicken. Der deutsche Imperialismus müht die augenblickliche Konjunktur, um seine Position zu festigen und den Westmächten gegenüber die Möglichkeit einer größeren Selbständigkeit anzudeuten, wenn diese sich weigern sollten, den von Deutschland geforderten Preis für seine aktive Westorientierung zu bezahlen.

„Die Weißen nehmen furchtbare Rache“

Berichte der „Times“ über das Blutbad in Kanton

Die europäische Presse veröffentlicht jetzt die ersten ausführlichen schriftlichen Berichte über den Dezemberausstand der Kantonner Arbeiterschaft. So berichtet die Londoner „Times“:

„Während der Kämpfe sind 2—3000 Menschen getötet worden. Der Sachschaden wird auf zwei Millionen Pfund geschätzt...“

Die Weißen nahmen eine furchtbare Rache an allen, die verdächtig waren, am Aufstand teilgenommen zu haben. Es wurde nicht die mindeste Rücksicht gelbt. Die Gefangenen wurden sofort mit nach hinten gebundenen Händen erschossen. Andere wurden erst gemartert, viele wurden in buchstäblichem Sinne des Wortes in Stücke gerissen. Die Gewerkschaften der Seelen und der Buchdrucker waren als rot bekannt; deshalb wurde jedes Mitglied dieser Verbände auf der Stelle ermordet. Jeder, der auf der Straße mit irgendwelchem roten Abzeichen oder ähnlichem angetroffen wurde, ist auf der Stelle erschossen worden. Frauen mit kurzgeschnittenen Haaren wurden er-

harmungslos hingerichtet. Da bekannt war, daß die jungen Kommunistinnen kurze Haare tragen, genügte dieses Zeichen für die Begründung eines Todesurteils.

Es gab unbeschreibliche Szenen. Auf den Straßen lagen Leichenhaufen, viele furchtbar verstümmelt. Tagelang nahmen die Weißen eine Säuberung der Stadt vor. Hunderte wurden verhaftet und sofort hingerichtet. Ich hörte, bemerkt der Korrespondent der „Times“, persönlich, wie die Kantonner Regierungsleute Telegramme an die ausländische Presse diktierten, nach denen der Sowjetbizekonalist Gassiz „wegen bewaffneten Widerstandes im Kampfe erschossen“ worden wäre. Ich habe aber seine Leiche persönlich gesehen, sie lag mit nach hinten gebundenen Händen; er wurde also hingerichtet, und nicht, wie es offiziell hieß, im Kampf erschossen.“

*

Und so ging es weiter. Die Bourgeoisie hat sich gerächt. Aber der Geist der Kantonner Kommunisten lebt und regt sich in ganz China!



DIE IAH HILFT DEN KINDERN KÄMPFENDER ARBEITER

nationale stand, während die der deutschen Sozialdemokratie in den Händen von „linken“ Zentrissen lag, die den Anschluß an die Wiener 2½. Internationale fanden.

Auf dem Hamburger Einigungskongreß der 2. und 2½. Internationale, der die Unterwerfung der zentralistischen Linken unter die rechte Führung der Zweiten Internationale vollzog, waren Bestrebungen über eine Vereinigung der tschechischen und deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei im Gange. Sie mußten jedoch infolge des scharfen nationalen Gegensatzes der beiden sozialchauvinistischen Parteien aufgegeben werden. Es gab auch leither wiederholte Versuche einer Annäherung der beiden Parteien, doch endeten sie stets mit einer gegenseitigen nationalen Verschimpfung. Den Machern der Zweiten Internationale ist dieser Zustand recht unangenehm; muß doch das Bestehen getrennter, einander bekämpfender nationaler Gruppen der Sozialdemokratie in ein und demselben Staat auch dem einfachen Arbeiter den nationalistischen Charakter der sozialdemokratischen Politik offenbaren. Dazu kommt, daß sich die Klassenbewußten Arbeiter der Tschechoslowakei schon vor über sechs Jahren ihre einheitliche, alle nationalen Unterschiede ausmergende politische Kampfpartei, die kommunistische Partei, geschaffen haben.

Der letzte Anstoß zum sozialdemokratischen Vereinigungsrummel gab die augenblickliche parlamentarische Lage in der Tschechoslowakei. Seit der Bildung der tschechisch-deutschen bürgerlichen Regierung, in der tschechische und deutsche Kapitalisten sich zur gemeinsamen Ausbeutung der Arbeiterschaft zusammenschlossen, ist der nationalistische Boden der Opposition der deutschen Sozialdemokratie sehr schmal geworden. Nachdem die „prinzipiellen“ Unterschiede zwischen 2. und 2½. Internationale längst beseitigt sind, fiel nun auch die nationalistische Ursache ihrer Gegnerschaft einer engeren Zusammenarbeit mit der tschechischen Sozialdemokratie.

Es wäre aber ein Irrtum, zu glauben, daß nunmehr eine Verschmelzung der beiden sozialdemokratischen Parteien stattgefunden hätte. Dazu sind die nationalistischen Gegensätze, die diese echten sozialdemokratischen Politikanten auszeichnen, zu stark. Das vom Kongreß erlassene Manifest spricht nur von einer „engen Zusammenarbeit“ der Partei und von der baldigen Einigung „vorbereitenden Ausschusses“ zur weiteren Vorbereitung der Zusammenarbeit. Die tschechischen Reformer des Kongresses scheuten sich nicht, seinen wahren Zweck zu enthüllen. Es handelt sich um die Vorbereitung der Regierungsbeteiligung der deutschen Sozialdemokratie an einer künftigen Koalition. Die Einigung erfolgt also auf dem Boden der Koalitionspolitik, des Bündnisses gegen die Arbeiterklasse.

Die tschechischen Ministersozialisten jubeln, weil es ihnen gelungen ist, ihre deutschen Kollegen zum öffentlichen Bekenntnis für eine Koalitionspolitik zu gewinnen. Diese gemeinsame sozialdemokratische „Front“, soweit sie mit Rücksicht auf die nationalistischen Gegensätze möglich ist, soll die Barriere sein, die die Entwicklung der Arbeiter-

Betriebswipfel in Schlesien

Vinkerton-Gesellschaft und Arbeitsvermittlungsgesellschaft „Rano“

G. W. Für die „Erhaltung und Sicherung“ ihrer Betriebe hat die deutsche Bourgeoisie sich die verschiedensten Organisationen geschaffen...

Bericht

vom 22. September über Firma Gruschwitz, Textilwerke A.-G., Neusalz a. d. O.

Die letzte Versammlung, die von der Zelle abgehalten wurde, war von nachstehenden Personen besucht: Richter, Angerstraße, Nette, Kohlenarbeiter, Josef Marcinkowky, Südweg 1, und dessen Sohn...

Bericht

vom 13. September 1927, Starke u. Hoffmann, Hirschberg.

Bei der Versammlung, welche bei der Zelle St. u. H. im Lokal „Weißes Kammer“, Joh. Klara Förster, abgehalten werden, konnten folgende Zellensmitglieder, die der SPD angehören, festgestellt werden...

Die Intelligenz dieses Durschen kann man schon am „Stil“ dieser Berichte erkennen. Alles, was in diesen Berichten steht, ist von A bis Z erledigt. Der Epistel hat sich die Arbeit sehr leicht gemacht...

Subjekte, insbesondere solche, die von auswärts kommen und eingestellt werden, zu beobachten. Das gilt für all jene, die sich nicht einwandfrei über ihre politische und gewerkschaftliche Zugehörigkeit und Vergangenheit ausweisen können.

Arbeitnehmertagung der Zentrumspartei für Mittelschlesien

(Von unserem Gewerkschaftsberichterstatter.)

Auch den christlichen Arbeitern Südschlesiens will man etwas Oppositionsfraktion vormachen. Zu diesem Zwecke findet am kommenden Sonntag in Breslau eine Arbeitnehmertagung des Zentrums statt.

Die Opposition in Grünberg für ausreichende Lohnerhöhung

Inhaltbare Zustände unter reformistischer Leitung

Unser Gewerkschaftsberichterstatter schreibt: Am vergangenen Donnerstag fand in Grünberg die Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes statt.

Generalversammlung der Breslauer Metallarbeiter

Am Montag fand, wie wir bereits kurz meldeten, die Generalversammlung der hiesigen Zelle des Metallarbeiterverbandes statt. Nach dem Kassendbericht gab der Bevollmächtigte Ziegler den Geschäftsbericht.

gleicher Bestimmung derselbe Lohn wie den Männern ausgezahlt wird. Ebenfalls sind bei prozentualen Lohnherabsetzungen die Frauen immer die Geschädigten.

Hungerlöhne der Landarbeiter

Ein Landarbeiter schreibt uns: Welches „Luxusfaßeln“ ein schlesischer Landarbeiter führen kann, sei durch folgende Angaben illustriert: Der Grundlohn beträgt 80 Pfennige.

Die reformistischen Führer des DDB sind über die Hungerlöhne der Landarbeiter sehr wohl unterrichtet. Trotzdem organisieren sie keinen Kampf, sondern beschränken sich auf Verhandlungen und Waffenschein von Mittschriffen an den Arbeitsminister.

Aus der Praxis der Arbeitsnachweise

Wie rigoros die Arbeitsnachweise vorgehen, und wie wenig soziales Empfinden die Beamten an diesen Stellen haben, erhellt folgendes Schreiben des Arbeitsnachweises Landeshut an eine Liebauer Arbeiterin:

An Frau Auf Ihr Schreiben vom 24. Dezember er. wird mitgeteilt, daß in Ihrer Unterstützungssache die Wartezeit in Ansatz gebracht werden mußte, weil nach der beigebrachten Arbeitsbescheinigung die geschlichen Voraussetzungen für die Bewilligung nicht als gegeben erachtet werden können.

Wegen 2 Pfennigen 5 Mark Unterstützung weniger auf Grund des von der SPD. gepriesenen Gesetzes.

Erwerbslos in Schlesien

Seit jeder Tag erscheinen neue schandlose Ausführungsbestimmungen zum Arbeitslosenversicherungsgesetz. Organisiert den Arbeiterkampf dagegen.

Wählt Delegierte zur Landes-Erwerbslosen-Konferenz

Ziegler's Schlußwort war das bekannte Wort aus Überflächlichkeiten, Redebewegungen und Demagogie. Die von ihm vorgelegte Resolution wurde bei Stimmenthaltung der Opposition angenommen.

Breslau

Die Breslauer Betrugsfiliale geschlossen

Die Betrugsfiliale in der Poststraße 5 ist endlich vollständig geschlossen worden. Die Polizei hat damit ein ungeheures Verbrechen nachgeholt. Obwohl ausdrücklich für beratende Kreditgeschäfte besondere Kontrollbestimmungen bestehen, konnten die Betrüger ihr Gewerbe lange Zeit durchführen. Sogar als der Geschäftsführer wegen Betruges verhaftet wurde, ließ die Polizei den Schwindelbetrieb weiter offen. Bei der nunmehrigen Schließung wurden 1000 Mark in bar und ein neues Auto beschlagnahmt.

Im übrigen haben unsere gestrigen Enthüllungen ungeheures Aufsehen erregt. Unseres Erachtens nach muß die Untersuchung auf alle diejenigen ausgedehnt werden, die Gutachten über das Schwindelgeschäft ausstellten. Im Falle des Staatsanwaltschaftsrats Jacobi ist diesem bereits nachgewiesen worden, daß er solche Briefe, wie wir gestern einen im Wortlaut veröffentlichten, im Auftrag des Millionenchwindlers ausgekelt hat! Besonders notwendig wird es für die Breslauer Polizei sein, einmal die Rolle nachzuprüfen, die der famose „Mittlergutbesitzer“ Edw. Thal aus Glinern bei Breslau gespielt hat.

Es ist überhaupt ein Skandal, daß Polizei und Gerichte in diesem Betrugsfalle augenscheinlich vollkommen uninteressiert sind, denn sonst hätten sie schon längst energisch durchgegriffen und vor allem einmal die „Referenzen“ auf Nummer sicher bringen müssen. Das wäre wirklich eine seine Gesellschaft gewesen, die dann zusammengekommen wäre. Da das nicht geschehen ist, werden in der Zwischenzeit selbstverständlich von den Beteiligten eventuell belastende Momente versucht werden.

Wenn es sich um Arbeiter und keine wilhelminischen Offiziere, Majore, Staatsanwälte, Mittlergutbesitzer, Herren „von“ und „zu“ handelte, dann, ja dann würden Polizei und Gerichte ganz anders vorgehen.

Die Straßenbahner sollen nur 10 Mark bekommen

Der Finanzausschuß der Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, den Straßenbahner als „Subsidiumsgegenstand“ 10 Mark zu geben. Der kommunistische Antrag auf Gewährung eines Wochenlohnes wurde von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten niedergestimmt. Bei dieser Einheitsfront haben sich die städtischen Arbeiter nun zu bedanken. Im übrigen ist es noch fraglich, ob der Magistrat zustimmen wird, da er nur 20 000 Mark für einen Unterstützungsfonds geben will, so daß also fast kein Naches Angst vor einem „Konflikt“ noch weiter anhalten sollte.

Die gestrigen Erwerbslosenversammlungen

Der Landesausschuß der Erwerbslosen hatte für gestern nachmittag die erwerbslosen Männer nach dem Zentralballsaal und die Frauen nach den Hubertuskälen aufgerufen. Beide Versammlungen, besonders aber die im Zentralballsaal, waren gut besucht. In der Versammlung der Männer sprach der Kollege Raffanle über den geplanten Aufbau der Erwerbslosenversicherung und über die Landeskonferenz der Erwerbslosen. Als Vertreter der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion sprach Genosse Abel über die Parteiziele für Saisonarbeiter. Die Ausführungen der beiden Redner wurden mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion nahm für die kommunistische Partei Genosse Wollweber das Wort. Auch seine Ausführungen fanden lebhaften Zustimmung. Darauf wurde die Wahl von Delegierten zur Landeskonferenz der Erwerbslosen vorgenommen. Obwohl man dem Vertreter der zur Zersplitterung der Erwerbslosenbewegung bestimmten SPD-Erwerbslosenkommmission, Herrn Stalz, Gelegenheit geben wollte, als Delegierter auf der Landeskonferenz diese seine Spaltungsarbeit zu vertreten, lehnte er seine Wahl ab, angeblich wegen „Arbeitslosigkeit“. Am Schluß der Versammlung wurden zwei Resolutionen angenommen. Die eine richtete sich gegen die Zuwendung von hunderttausenden von Mark städtischer Mittel an die Polizei und die andere gegen die Bestimmungen des Erwerbslosenversicherungsgesetzes. — Im Hubertuskal sprach Kollege Schorstein. Auch hier wurden Delegiertinnen gewählt.

Polizei gegen Erwerbslose

Wie uns mitgeteilt wird, kam es gestern vormittag im Zimmer 3 der Rechenstele 2 auf der Sternschanze infolge des provokatorischen Auftretens des bekannten Oberstadtkämmerers Klemm zu einem Protest der empörten Erwerbslosen. Herr Klemm hatte nichts eiligeres zu tun, als sofort nach der Polizei zu klingeln, die in der bekannten Weise gegen die Erwerbslosen vorging.

Der Auf'andbericht des Volksbühnenleiters Eggers

Ueber „Ruffische Reiseindrücke“ sprach am Sonnabend der Leiter der Volksbühne, Sozialdemokrat Eggers, in einer vom „Volksbund für neue Erziehung“ einberufenen öffentlichen Versammlung in der Viktoriaschule. Vieles völlig neue bekam er vor Augen, von dem er wünschte, daß man es in Deutschland nachahmen möge. Alle Bildungsbestrebungen, die von der Regierung mächtig gefördert werden, haben einen Massencharakter, im Gegensatz zu uns, wo immer nur kleine Zirkel bestehen. Hohe Anerkennung verdient der Kampf gegen das Analphabetentum, dem auf die verschiedenste Art bis in die endlegenden Dörfer zu Leibe gegangen wird. In der Roten Armee ist, im Gegensatz zu früher, jeder Soldat des Lesens und Schreibens kundig. Interessant war die Mitteilung, daß ein Dienstherr in Rußland schwer bestraft wird, wenn er seine Hausangestellte nicht zu den Kurzen schickt, um lesen und schreiben zu lernen. Die Arbeiterflucht, denen an allen Orten behagliche Klümpchen, oft frühere Paläste und Villen, zur Verfügung stehen, geben mit ihren Versammlungen, Konzerten, Theatern, Bildungszielfeldern ihren Mitgliedern Gelegenheit, auf allen Gebieten ihren Gesichtskreis zu erweitern.

Besonderer Beachtung erfreuen sich in Rußland Mutter und Kind. Die Frau, die heute als gleichberechtigte Partnerin neben dem Manne am Schraubstock steht oder als Direktorin eine Fabrik leitet, wird als Mutter von allen zuständigen Stellen in einer Weise gefördert und gehütet, daß es heute in Rußland wirklich nicht schwer ist, Mutter zu werden. Wenn sie wieder arbeitsfähig ist, bringt sie ihr Kind in die Krippe ihrer Fabrik, die von Ärzten und Pädagogen geleitet wird. Sie hat das Recht, ihre Arbeit am Tage mehrmals zu unterbrechen, um ihr Kind zu stillen. Wichtige werden ihr nicht gemacht. Von vier bis acht Jahren darf sie ihr Kind tagsüber im erklaffig geleiteten Kinderheim unterbringen, dann muß es zur Schule, die aus zwei Stufen zu je vier Jahren besteht. Das Ziel der Schule ist der kollektive Mensch mit dem Willen zur internationalen Solidarität. Großer Wert wird auf die Ausbildung tüchtiger Facharbeiter gelegt, die auf den Technikern herangebildet

werden. Die Arbeiter-Fakultäten, jene Einrichtung, die es den Arbeitern möglich macht, nach bestandenen Vorprüfungen die Universität zu besuchen, bilden einen weiteren Aktivposten der proletarischen Bildungsarbeit.

Der Vortrag ließ erkennen, daß Eggers in Rußland bedeutende Leistungen festzustellen hat, die er auch für Deutschland empfahl. Einige in den Vortrag eingeschlossene Sarkasmen waren nicht unbedingt notwendig.

Staubenbrand. Gestern gegen 14 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Westendstraße 62 gerufen. In einer Wohnung war die Dichtung in Brand geraten. Das Feuer konnte mit der Eimerpritze gelöscht werden. Die Aufräumungsarbeiten nahmen längere Zeit in Anspruch.

Theater und Kino

„Abgemacht — Auf.“ Gastspiel im Lobetheater. Offen gesagt: wir fanden die Handlung gar nicht lustig. Diese Geschichte von dem Weinhändler, der auf dem hochadeligen Schloß eine lässliche Rolle spielt, appelliert an alle Instinkte eines überheblichen Substanz, bei dem „Sowas“ gottlob nicht vorkommt. Und daß am Schluß die blaublütigen der Blaublütigen sich dann als Verehrerin männlicher Sexualleistungsfähigkeit erweist, ist ja interessant, wenn auch nicht neu. Doch dazu der Hinweis von drei Akten? Eugen Klöpfer als Weinhändler war lebende Groteske, quack-silbrige Lächerlichkeit. Am Schluß durch mangelnde Abwechslung ermüdend.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele. Die Weber. Dieser Schillerfilm muß im Lande seiner Geschicke besonders stark wirken. Der Eindruck, den er hinterließ, war aufrüttelnd, packend. Glend und Not der Werktätigen steht, lebenswahr auf die Leinwand geworfen, an unseren Augen vorüber. Und im Hause der Dreifiger schmarrten die Ausbeuter, bis sie der wilde, leidenschaftliche, vor Has aufstrebende Gesang „Hier im Ort ist ein Gericht“ aus ihrer Ruhe aufschreckt. Quers höhnen sie, doch als es ernst wird, haben sie nur eine Sorge: Rettung ihrer eigenen Person und — ihres Geldes. Ihr Müßiggang, ihr Pfeffert, sieht, ihn mitzunehmen. Er wird in den Staub geschoben. Die ausgehungerten, zur Verzweiflung getriebenen Weber zerschanden unterdessen in hemmungsloser Wut alles, was Dreifigern gehörte. Auch die Maschinen, da diese die Schuldigen sein sollten. Die Polizei ist machtlos; da erscheint Militär, schießt in die Hungrigen, die in tobender Entschlossenheit die Soldaten in die Flucht jagen. Etwas schwach die Kampfszenen und der Schluß. Aber sonst ein großartiges Werk mit meisterhafter Darstellung. — Das Weltprogramm, ein Naturfilm und ein wirkungsvoller Werbefilm der Volksfürsorge, ist sehr gut.

Gala! Die Naturfreunde im Gulegebirge!

Unter diesem Titel veranstaltet die Ortsgruppe Breslau am Sonnabend, dem 4. Februar, und Montag, den 6. Februar, in allen Sälen des Gewerkschaftshauses ihr alljährlich wiederkehrendes Gebirgsfest. Das diesjährige verspricht besonders gut zu werden und bringt uns in die nahe Gule. Die Vorbereitungen sind in vollem Gange. Im kleinen Saal wird sich ein Waidenleben mit schlesischem Humor, Bauernballett und Tanz abwickeln. Billette sind am Bislett des Gewerkschaftshauses zu haben.

Achtung Notstandsarbeiter!

Sonnabend, 19 Uhr, bei Wind, Mariannenstraße 18, äußerlich wichtige Sitzung der Notstandsarbeiter-Delegierten. Jede Baustelle muß vertreten sein.

Achtung, Kriegs- und Arbeitslosen!

Am heutigen Donnerstag spricht im Lokal „Stadt Leipzig“, Ursulinerstraße 2/4, ein Mitglied der letzten Rußlanddelegation über Sowjetrußland. Alle Opfer des Krieges und der Arbeit, die an einer objektiven Information Interesse haben, eruchen wir, den Vortrag zu besuchen. Sie sind als Gäste willkommen.

Mittelschlesien

Krieg. Rote-Hilfe-Versammlung. Am Montag hielt die Rote Hilfe eine öffentliche Versammlung im „Weinberg“ ab. Sie war von ungefähr 200 Personen besucht. Genosse Vogel, Breslau (SPD), hielt ein Referat über seine Rußlandreise, und zeigte den aufmerksamen Zuhörern die großen Unterschiede zwischen dem deutschen und russischen Strafvollzug. Er zerpflückte die Lügen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse über den „roten Terror“. Lehrreich war die Stellung der SPD-Führer. Sie zogen es vor, durch Abwesenheit zu glänzen. Am selben Tage arrangierten sie dafür eine Hauptversammlung ihrer Partei und setzten in ihr Volksblätter folgende auffällige Bekanntmachung: „Heute, abends 7 1/2 Uhr, Hauptversammlung der SPD in der „Harmonie“. Versammlung im „Weinberg“, mit Vogel als Redner, zu der durch große Plakate aufgefordert wird, ist eine kommunistische Zerrführung unserer

Aus aller Welt

Ein 3 1/2-jähriger erschießt einen fünfjährigen

In Augsburg, 1. Februar. In Bohingen in Schwaben ereignete sich der beispiellose Vorfall, daß ein 3 1/2-jähriger Knabe einen 5-jährigen Spielkameraden mit einem Revolver erschöß. Das Kind hatte die Waffe in einem Nachtschloß gefunden und mit den Worten: „So, jetzt schieße ich Dich tot“ auf den Spielkameraden angelegt.

Künstlerpech eines Taschendiebes

Ein Kriminalbeamter, der sich auf dem Heimwege von einer Exkursion auf Taschendiebe befand und einen Wagen einer Omnibuslinie bestiegen hatte, fühlte, wie jemand verlor, ihm aus der Manteltasche die Geldbörse zu stehlen. Er griff sofort zu und hielt die Hand des Diebes fest. Als er sich den Mann näher ansah, erkannte er in ihm den 23 Jahre alten vielfach vorbestraften Friedrich Külle, den zu suchen er ausgeschildert war. Kriminalbeamter und Taschendieb fuhrten dann auf demselben Auto bis zum Polizeipräsidium.

In der Wohnung verhungert

Ein erschütterndes Bild aus der deutschen Republik enthält nachfolgende Meldung: In der Nacht zum Sonntag wurde die Mordkommission des Berliner Polizeipräsidiums nach dem Hause Melkenweg 66 in Berlin-Richtenberg gerufen, wo in einem letzten Bohnraum die Leiche der 52 Jahre alten Frau Berta Unglaube gefunden wurde. Der Tod war schon vor mehreren Tagen eingetreten. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß Frau Unglaube, die in der letzten Zeit in außerordentlich elenden Verhältnissen lebte, offenbar verhungert ist.

Der 93. Parltag in Prag

Die tschechische Kreditanstalt in Prag ist zusammengebrochen. Es handelt sich hier bereits um die 93. Bank, die seit Gründung der Tschechoslowakischen Republik zusammenbricht. Die Ursachen des Bankrotts sollen in einer standstilligen Betriebsführung zu suchen sein. Schon vor acht Jahren war von der Staatsanwaltschaft gegen die Leiter der Bank eingeschritten worden. Die Angelegenheit

Parteisreunde. Also alle in die Harmonie. Der Zweck dieses Artikels ist ganz klar. Man ist zu sehr gegen Genossen Vogel aufzutreten und will deshalb die Arbeiter von der Versammlung abhalten, um ihnen keine Gelegenheit zu geben, die Wahrheit über Rußland zu erfahren. Nicht wahr, Ihr Petercel, Schmeißer und Konjorten, es ist leichter, vom warmen Ofen aus Dekretelle gegen Sowjetrußland loszulassen, als einem ehrlichen Genossen in der Diskussion gegenüberzutreten. Immer best ruhig weiter, die Arbeiterkassette wird Euch schon die richtige Antwort geben.

Der Brieger Sklavenmarkt. In den letzten Ausgaben der „Arbeiter-Zeitung“ waren in mehreren Berichten die Zustände auf den Arbeitsämtern in Oppeln und Hindenburg geschildert. Den Erwerbslosen von Brügge geht es noch schlechter. Der famose Leiter des hiesigen Arbeitsamtes, Obersekretär Koch, versteht wie kein zweiter den schon besprochenen Menschenhandel zu betreiben. Dieser Handel mit Existenzen scheint mit Geltung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes erst recht in Schwung zu kommen. Als nach Bremen, Hamburg und in alle Ecken des „lieben Deutschen Reiches“ schickt er seine Ware nicht etwa auf Anforderung, sondern auf Verabredung. Trotz schriftlicher Bestätigung nachstehender Grube, daß keine Arbeiter gebraucht werden, wurden vorige Woche Leute nach Koyen vermittelt. Nach einigen Tagen kamen diese Leute natürlich wieder zurück und dann haben sie vier Wochen Karenzzeit. Es ist auch schon vorgekommen, daß vom Arzt arbeitsunfähig geschrieben Leute von diesem famosen Obersekretär vermittelt wurden, um zwei Tage später wieder auf dem Arbeitsnachweis zu erscheinen, weil sie auf Grund ihrer Arbeitsunfähigkeit nicht eingestellt wurden. Die unmöglichsten Verzerrungen der Paragrafen müssen dann herhalten, um dem Obersekretär zum schändlichen Recht zu verhelfen. Während die Erwerbslosen auf der Straße stehen und hungern, zieht dieser Herr außer seinem Gehalt noch eine ganz schöne Rente. Daß er es so schlimm treibt, ist kein Wunder, hat er doch die SPD als Stütze, die ihm auch zu seinem Posten verholfen hat, trotzdem voriges Jahr 1000 Stimmen aufgebracht wurden als Protekt gegen die Anstellung des Herrn Koch. Woran sollen sich nun die Erwerbslosen halten? Hat doch gar ein Gewerkschaftsleiter erklärt, die Not der Erwerbslosen sei Märchen. Mit einem Monatsgehalt von 375 Mark kann man das schon sagen. Aber die Herren sollen sich nicht täuschen. Sie werden noch manches von uns zu hören bekommen.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

- Breslau
- Stadteil 2 (Nord), Straßenzelle 1. Freitag 20 Uhr Mitglieder-versammlung bei Mathey, Schiefwerderstr. 15, Straßenzelle 7.
- Freitag 20 Uhr Mitglieder-versammlung Briggental 7.
- Stadteil 4 (Süd-Zentrum), Freitag 20 Uhr Jellen-Versammlungen. Zelle 1 u. 2 Turmhof, Zelle 3 u. 4 Friedrichstr. 41. Referenten der W. anwesend.
- Stadteil 1 (Ost), Freitag 20 Uhr kombinierte Mitglieder-versammlung im Lokal „Webstischloß“, Webstischstraße, zu der SPD und KZB. erscheinen müssen.
- Jauer, Freitag 20 Uhr im „Grünen Adler“ Mitglieder-versammlung. Partei- und Rote-Hilfe-Funktionäre eine Stunde früher.

Kommunistischer Jugend-Verband

- Breslau
- Nord, Donnerstag 19,30 Uhr „Stadt Waterloo“, Delsnerstr. 8.
- Südwest, Mittwoch 20 Uhr Gruppenabend bei Reimann, Antonienstraße, Thema: „Die SPD. — eine bürgerliche Partei.“ Gäste willkommen.

Jung-Spartakus-Bund

- Breslau
- Gruppe Nord, Dienstag und Donnerstag Zusammenkunft Stadt Namslau, Matthiasstraße.

Roter Frontkämpfer-Bund

- Breslau
- KZB, Abt. 1, Donnerstag 20 Uhr Werbeversammlung bei Graf, Westendstraße 37.
- Altkameraden, Freitag 19 Uhr Kameradschaftsabend im „Kreuz“. Alle Kameraden, die zum Reichstreffen sparen, bringen Sparfatre und Mitgliedsbuch mit.
- Friedland, Sonnabend 20 Uhr Monatsversammlung im „Anker“.

Sonstige Organisationen

- Breslau
- Rote Hilfe West, Freitag 20 Uhr bei Wind Funktionärsitzung.
- Schweißhülse, Freitag 20 Uhr in der „Stadt Breslau“ Generalversammlung.
- Chlau, Rote Hilfe, Freitag 19 Uhr Mitglieder-versammlung. Genosse Gläjer-Breslau spricht über das neue Strafgesetz. Kassierer bis Freitag abrechnen.

berließ jedoch damals aus unbekanntem Gründen im Sande. Die jetzt hinterlassenen Passiven der Bank betragen 15 Millionen, die Aktiven 6 Millionen. Von der Liquidation werden etwa 300 Einleger betroffen, die nur 17 Prozent ihres Geldes zurückerhalten sollen.

Selbstmord einer 15-jährigen

Eine junge Arbeiterin, die 15-jährige Gerda Gültentern, die in der Jüterburger Straße in Berlin wohnte, wurde auf ihrer Arbeitsstelle bei Betriebsbeginn bewußtlos aufgefunden. Man holte sofort einen Arzt herbei und benachrichtigte die Feuerwehr, um das junge Mädchen ins Bewußtsein zurückzurufen. Die Wiederbelebungsbemühungen waren jedoch erfolglos; der Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Das Mädchen hatte sich tags vorher vor dem Geschäftsschluß verhehrt und sich in den Räumen einschließen lassen. Es war dann in die nach hinten gelegene Küche gegangen, hatte sich dort neben dem Gasloch niedergelassen, die Gähne aufgebunden und so den Tod erwartet. Man nimmt an, daß Liebestunm die Lebensmüde zu ihrer Verzweiflungstat getrieben hat, doch ist das Motiv noch nicht aufgeklärt.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Neue, d. 2. Febr. und morgen

Freitag, den 3. Febr.

je 2 Vorstellungen 5 u. 8 Uhr

das Schauspiel aus den 40er Jahren

Gerhart Hauptmann

„Die Weber“

im Film!

dazu diverse kleine Filme u. die Volkswochenchau

Für Jugend verboten

Einheitsplatz 50 Pfg.

Erwerbslose bis 5 Uhr nur 25 Pfg.

Sichern Sie sich durch rechtzeitiges Kommen einen guten Platz

Waldenburger Bergland

Groß-Waldenburg

Und wieder einen Monat lang gestuftet

Ein Waldenburger Bergarbeiter schreibt uns: Der Monat ist zu Ende, die Kumpels im Bergbau rechnen sich auf Grund ihres Gehaltes den Verdienst. Doch das Ergebnis ist ein trauriges, nur an wenigen Positionen ist der tarifliche Durchschnittslohn erreicht. Auf dem Bismarckschacht gibt es Kameradschaften, welche nicht einmal den Mindestlohn erreicht haben. Trotz allem Schuffen, trotz aller Treiberei war es eben nicht zu schaffen. Die Kräfte werden aber gespannt, denn man will doch etwas verdienen und gern zum 16. ein paar Mark mit nach Hause bringen. Aber alles Klagen ist vergebens: die Leistung ist zu hoch angelegt. Mancher Kumpel wird nach dem Letzten entmündigt die Haue sinken lassen; weil die Früchte seiner Arbeit bitter wie Galle sind. Kohle, Kohle, ist täglich das Geschrei der Beamten, und Betrug! rufen sie, wenn einmal ein paar Steinstücke zwischen der Kohle sind oder der Wagon nicht überfüllt ist. Sie schreiben Betrug und schelten gar nicht zu wissen, wer die Betrogenen und wer die Betrüger sind. Wir Kumpels werden bei jeder Lohnerhöhung betrogen. Beweiz:

Der Durchschnittslohn auf der Fuchgrube war im Januar 1927 derselbe wie im Januar 1928, trotzdem zwei Lohnerhöhungen dazwischen liegen.

Wir werden täglich betrogen durch ständiges Emporschleppen der Leistungen. Kameraden, laßt nicht entmündigt die Haue sinken, sondern hebt sie, hebt sie hoch und zerschmettert den Moloch Kapital!

Beamtenwillkür schafft die Einheitsfront aller Arbeiter

(Von unserem Betriebsberichterhalter.)
Am 27. Januar in der Frühlichtung verunglückte der Bauer Gustav Richter aus Hermsdorf durch hereinbrechende Gesteinsmassen in der 2. Abteilung der Schwefelschächte zu Tode. Richter hatte sich beim Kameradschaftlichen Verhalten das Vertrauen der Kameraden erworben, was dazu führte, daß der größte Teil ihn auf seiner letzten Fahrt begleiten wollte. Anders jedoch dachten der Herr Obersteiger und der Bergverwalter, die es verboten, um 1/2 Uhr auszufahren, damit die Kameraden noch zurecht kommen. Daraufhin nahmen ungefähr 80 Mann, meist Bauer, Urlaub, um ihren Willen durchzusetzen. Den Kameraden der 2. Abteilung der Schwefelschächte für die Einmütigkeit sowie dem Kameraden Richter als letzten Gruß ein Rot Front!

Standalöse Zustände im Bismarckschacht

(Von unserem Betriebsberichterhalter.)
Am vergangenen Sonntag fanden eine ganze Anzahl Abteilungsversammlungen des Bismarckschachtes statt, bei denen in erster Linie die Neuwahl der Unterstützungsstellen vorgenommen wurden. Unter Anträge und Verschiedenes kamen dann die Kameraden auf die bestehenden Mißstände auf dem Bismarckschacht zu sprechen. Deren gibt es so viel, daß man sie gar nicht alle aufzählen kann. Besonders schlimm ist es mit der Versorgung der einzelnen Abteilungen mit Wasserfischen und Abortkübeln bestellt. Um während der Schicht die Notdurft verrichten zu können, müssen die Kumpels meist die Bergelose aufsuchen, was selbstredend nicht gerade zu einem einwandfreien Wetterzuge beiträgt, aber die Herren, welche den Gewinn von der Arbeit der Kumpels haben, brauchen ja nicht in dem Gestank zu arbeiten. Kösten mit Trinkwasser sind in den meisten Abteilungen überhaupt nicht vorhanden, der Herr Bergverwalter ist der Meinung, daß die Arbeiter sich genügend Kaffee mitbringen sollten. Auch die Nahrung an den Eensschächten wurde scharf kritisiert. Als besonderes Schmerzenskind bezeichnet man die Fahrung zum Hauptschacht auf der vierten Sohle. Hier könnte bei gutem Willen etwas getan werden. Damit die Kumpels nicht dauernd die Schuhe in Schlamm und Dreck stecken lassen, könnte die Wasserwinne mit Brettern überdeckt werden, dadurch wäre es auch leichter, bei dem etwa noch im Querschlag fehlenden Regen vorbeizukommen. Die in den Versammlungen anwesenden Betriebsräte erklärten ihr möglichstes zu tun und für Beilegung der Uebelstände Sorge zu tragen. Aus der 2. Abteilung sei noch zu bemerken, daß dieselbe korporativ der Roten Hilfe mit einem Jahresbeitrag von 5 Mark beigetreten ist. Kameraden der anderen Abteilungen, macht es nach!

Oberes Revier

Neuwahl in Ober-Hermsdorf am 11. März

Am Sonntag, dem 29. Januar, tagte in Ober-Hermsdorf eine Gemeindevorversammlung. Unter anderen unwesentlichen Punkten wurde als letzter die Neuwahl der Gemeindevorsetzung behandelt und der Wahlanschlag gewählt. Er setzt sich zusammen aus: Thomas Wahlvorsteher, Neumann sein Stellvertreter, Müller Schriftführer, Red Stellvertreter. Als Beisitzer Jungieren Kluge, Opyh und zwei Bürgerliche. Paul Landgemeindevorsetzung muß die Neuwahl stattfinden, weil die Wahlperiode (vier Jahre) abgelaufen ist. Wir werden auf die Arbeit der Gemeindevorsetzung in der verlassenen Wahlperiode noch zurückkommen. Jedenfalls kann heute schon gesagt werden: Trotz der numerischen Schwäche der kommunistischen Partei in diesem kleinen Parlament war die Fraktion imstande, Erfolge auf allen Gebieten für die Einwohner zu erzielen.

Pollversammlung in Gottesberg. Die von der kommunistischen Partei einberufene öffentliche Pollversammlung war angefüllt, denn, daß zu gleicher Zeit weitere drei Versammlungen stattfanden, recht gut besucht. Die Referentin, Genossin Gahz, wurde mit der Schalmelentafel vom Bahnhof abgeholt. Auf dem Marktplatz angekommen, gab die Kapelle einige Konzerte zum besten, worauf ein Kamerad die versammelten Einwohner aufforderte, sich in den Saal zum „Schwarzen Hög“ zu begeben. Der größte Teil folgte dieser Aufforderung. Die Genossin Gahz verband es, die Anwesenden durch ihr treffliches Referat so zu fesseln, daß sie über zweieinhalb Stunden ihren Ausführungen mit Interesse folgten. Ausgezeichnet wurde sie die Lebens- und Kampfesweise der russischen Arbeiterchaft in Gegenüberstellung zu der übrigen Arbeiterchaft in kapitalistischen Staaten. Besonders waren ihre Reiseüberlegungen vom jenen Apen wiederzugeben, wobei hauptsächlich die Stellung und Lebenslage der Frauen gechildert wurde. Der starke Beifall, den Genossin Gahz erzielte, bewies, daß ihre Ausführungen mit voller Sympathie aufgenommen wurden. Genossin Müller gab dann noch einige Erklärungen über die Stilllegung der Wittgrube sowie über die zu ergreifenden Maßnahmen, welche zur Verbesserung der Lage im Oberen Revier beitragen sollen. Mit einem dreifachen „Rot Front“ endete sodann die Versammlung. Über 180 Zeichnungen wurden umgesetzt und einige Abonnenten für diese gewonnen.

Landeshut

Die Wahl am 12. Februar. Der Wahlanschlag zu den Stadtverordnetenwahlen hat alle drei eingereichten Listen für gültig erklärt. Die Wahl findet am Sonntag, dem 12. Februar, von 9 bis 18 Uhr statt. Als Wahllokale wurden bestimmt: 1. Bezirk: Rathaus; 2. Bezirk: Kaufmann Albat Wahl, Stellvertreter Kaufmann Gahz; 3. Bezirk: Herberge zur Heimat, Wahlvorsteher Kaufmann Gahz; 4. Bezirk: Kaufmann Albat, Wahlvorsteher Kaufmann Gahz; 5. Bezirk: Kaufmann Albat, Wahlvorsteher Kaufmann Gahz; 6. Bezirk: Kaufmann Albat, Wahlvorsteher Kaufmann Gahz.

Hotel Kaiserhof, Wahlvorsteher Rentier Desser, Stellvertreter wird noch bestimmt.

Rebau. Der Kassierer der Partei macht die Unterkassierer darauf aufmerksam, daß diese Woche noch abgerechnet wird.

Sriegau

Ein neuer Kolporteur der „N. F.“ Ab 1. Februar hat die Kolportage der „Arbeiter-Zeitung“ und den Literaturvertrieb der Genossin Georg Keimann übernommen. Alle Bestellungen und Wünsche sind an ihn zu richten.

Bolkenhain

Wer ist nationaler, das Reichsbanner oder die nationalen Verbände? Ueber diese Frage konnte mancher Arbeiter aufgefährt werden.

Görlitz

Die Gutsbezirksauflösung vor den Stadtverordneten

Auf der Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetensitzung am Freitag stehen 24 Punkte. Die wichtigsten sind die Auflösung der Gutsbezirke, der Görtlicher Kommunalforsten einschließlich der Hospitalgüter Rietschen, Werda und Daubitz. Die Gutsbezirke Lauterbach, Lichtenberg, Ober-Sohra und Langena u sollen den gleichnamigen politischen Gemeinden zugeleitet werden. Teile der Gutsbezirke Leopoldshain, Nieder-Mohs und Kunnewitz sollen im Gegenzug zu dem Vorschlage des Landrates der Stadtgemeinde Görlitz zugeschlagen werden. Die Kolonie „Grube Stadt Görlitz“ will der Landrat der Gemeinde Köhlfurt Dorf eingemeindet wissen. Der Magistrat beantragt hierzu die Eingemeindung zur Stadt Görlitz oder Bildung einer eigenen Gemeinde. 180 von den 200 Bewohnern dieser Kolonie haben auf Druck der Grundbesitzer hin schriftlich um Eingemeindung nach Görlitz gebeten. — Weitere Punkte sind: Neben einigen Grundstücksver- und -ankäufen sowie Verbesserungen auf städtischen Gütern soll der Bau von zehn Einfamilienhäusern und sieben Neufamilienhäusern beschlossen werden. — Wegen Ueberlastung des jetzigen soll ein zweiter Stadtchirurg (oder Zahnarzt) angestellt werden. — Außerdem will man jährlich 4000 Mark bewilligen für Anstellung eines Präparatorien und zur Vergütung von Bodenkulturmännern in der Oberlausitz.

Achtung, U.S.-Konferenz!

Die am Sonntag, dem 29. Januar, ausgefallene Unterbezirkskonferenz findet am Sonntag, dem 5. Februar, im Felsenkeller statt. Alle Ortsgruppen müssen ihre Delegierten entsenden. Wir verweisen nochmals auf das Rundschreiben.

Die U.S.-Zeitung Görlitz.

Mittelschule für Knaben und Mädchen. Der Magistrat hat der bisherigen Mädchenmittelschule in der Annengasse die neue Einrichtung „Mittelschule für Knaben und Mädchen“ gegeben, weil die alte Bezeichnung infolge des Zutretens der Knabenklasse nicht mehr zutreffend war.

Nachtrag zum Taschenrechnerplan. Am 1. Februar tritt der zweite Nachtrag zum amtlichen Taschenrechnerplan der Reichsbahndirektion Breslau und Oppeln in Kraft. Er wird kostenlos von allen Fahrkartenausgaben und den übrigen Verkaufsstellen des amtlichen Taschenrechnerplanes abgegeben.

Niederträchtiger Diebstahl. Einer 76 Jahre alten Witwe, auf dem Sonnenplatz wohnhaft, die nur von der Sozialrente lebt, wurde von einem Epikhuden die ganze Barschaft im Betrage von 6 Mark aus einer Kasse gestohlen. Der Dieb muß auf der Lauer gelegen haben und benutzte das Ausstreiten der alten Frau.

Ein schwerer Unglücksfall beim Abspringen von einem Kastenwagen ereignete sich auf der Peterstraße. Der Kutscher, der dort hielt, sprang vom Sitz auf die Straße so unglücklich, daß er das linke Fußgelenk brach und sich am Arme erheblich verletzete.

Lauban

Selbstmord. Der 27 Jahre alte Forstassessor Oberhard Schulz von Drazig verübte Selbstmord durch Erhängen.

Grünberg

Delegiertenwahl bei den Erwerbslosen. Am 30. Januar fand im „Goldenen Frieden“ eine Erwerbslosenversammlung statt, für die Landeskonferenz in Breslau wurde für die Stadt Görlitz der Arbeiter Fritz Laube, für das Land der Kollege Pech aus Schleif-Rettlow gewählt. In der nächsten Versammlung sollen den Kollegen die Anträge und Wünsche der Erwerbslosen mit auf den Weg gegeben werden. Aus der Diskussion ergab sich, daß in einzelnen Orten bereits Versammlungen abgehalten wurden. Sehr bedauert wurde, daß die Gemeindeführer, statt den Erwerbslosen in ihrem schweren Kampfe zu helfen, denselben feindselig gegenüberstehen. Die Klagen sind sehr berechtigt, denn bis jetzt hat das Kartell es noch nicht für nötig befunden, die Erwerbslosen zusammenzurufen. Nach Wahl von Kassensprezoren und Erledigung einiger dringender Punkte wurde die Versammlung geschlossen.

Stadtverordnetenversammlung. Die letzte Stadtverordnetensitzung hatte eine reichhaltige Tagesordnung. Zuerst wurde Stadtrat Apelt und der Stadtverordnete Egger von der SPD. eingeführt. Die Wahl des Hiasz erfolgte durch Zuruf für den alten Vorstand. Das Wohnungsbandprogramm wurde auch hier wieder reichlich diskutiert und die Vorschläge der gewählten Kommission angenommen. Das Kapitel „Beihilfungsordnung“ war wohl das interessanteste. Man konnte feststellen, daß bei den unteren Gruppen, wie Schulwärter, Erntehilfsbeamte usw. die Bürgerlichen kein Geld hatten und sehr sparen wollten, daß aber bei den höheren Gruppen eine große Freigebigkeit herrschte. Es gab dort einzelne Beamte um über 30 Prozent ihres Gehaltes angebeßert worden. Auch der Bürgermeister Semme kommt jetzt auf die beschlossene Summe von über 11 000 Mark. Auf Antrag der SPD und der Kommunisten sollten die unteren Gruppen um je eine Gruppe erhöht werden, was durch die Bürgerlichen zur Ablehnung kam. Der Stadtverordnetensprecher stimmte prompt gegen die unteren Beamten, trotzdem er sich demnach als Vertreter der Beamtenchaft auspricht. Sie man hört, ist der Magistrat nicht auf die Vorschläge des Beamtenausschusses eingegangen, denn größtenteils sind fast sämtliche Gesuche der Kombi-Beamten vom Beamtenausschuh nicht befürwortet worden, aber derselbe hatte sich selbst zur Höhegruppenierung in Vorschlag gebracht. Unsere Fraktion stimmte von der Gruppe 5 auswärts gegen jede Erhöhung. Unter Punkt 10 — Wahl des Sparstellenvorstandes — ging eine wichtige Schacherei um die Fortbewegung des Los. Professor Dr. Seeder zeigte den Anwesenden seine Redenluste, durch die drei Reden und zwei Sozialdemokraten in den Vorstand gelangten. Unter Punkt 11 — Ortsplanung für die Berufsgruppen — stellte Genossin Laube die Klagen, wie weit die Befugnisse des Herrn Walosch in punkto Nachzügungsgerecht gehen. Eine nicht ganz klare Antwort des Magistrats wird die weitere Untersuchung unsererseits nicht verhindern und wir kommen noch näher darauf zurück. — Ein neues Auto soll jetzt ange-

den, wenn er das Stimmrecht des Vollenhainer Reichsbanners besucht hätte, bei welchem Wäzle-Breslau die Ansprache gehalten hat. Die Arbeiterchaft hatte es vorgezogen, dieser Veranstaltung fernzubleiben, so daß die neuen Reichsbannermitglieder unter sich blieben. Laut „Vollenhainer Anzeiger“ führte Wäzle u. a. aus: „Das Reichsbanner hat Achtung vor den alten Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot.“ Aus diesem Grunde sehen wir schon, was dieses Kind das Reichsbanner ist. Die Arbeiterchaft verachtet diese Fahnen von 1914, und das Reichsbanner achtet sie. Weiter sagte Wäzle: „Niederländisch und national sind nur die Reichsbannerkameraden, aber nicht jene, die sich so nennen.“ Wie fragen die Arbeiter, wer ist nun nationaler, das Reichsbanner oder der Stahlhelm? Das Urteil überlassen wir denen, die sich darum streiten. Wäzle schloß mit dem Gebühre, die Treue zu halten dem Deutschen Reich, mit einem dreifachen „Heil!“ — Arbeiter, selbst in dem Gruch finden wir nichts mehr, was mit der Arbeiterchaft etwas gemein hat. Auch die Hiltlerbanditen brüllen bei jeder Gelegenheit ihr „Heil“. Arbeiter, die ihr noch im Reichsbanner seht, gehen euch noch nicht die Augen auf, wolle ihr weiter träumen, bis es zu spät ist?

Niederschlesien

schafft werden. Genosse Richter fragte an, was mit den drei Autos geschehen soll, die seit Jahr und Tag als totes Kapital in der städtischen Untergarage Niederstraße untergestellt sind. Der Oberbürgermeister meinte erwiderte, sobald sich ein gut zahlender Käufer findet, werden sie verkauft. Die Autos selbst in Benutzung zu nehmen, sind die Unterhaltungskosten zu hoch! (Noch ein Ueberbleibsel der Politik von Finte a Konto der Stadtbank.) Unter Dringlichkeitsanträgen lag noch ein Antrag des Erwerbslosen aus Schussel auf Bewilligung von drei Zentnern Feuerung pro Monat vor sowie Unterbringung aus Wohlfahrtsmitteln für die Erwerbslosen, die nach den niedrigsten Lohnklassen unterstützt werden. Die Anträge wurden angenommen mit der Klausel, daß das Wohlfahrtsamt nach der „Bedürftigkeit“ die Verteilung von 2000 Zentnern Brennstoff über-

Unsere L.-L.-F. Feier. Die L.-L.-F. Feier der Partei Ortsgruppe Grünberg war durch Rezitationen und Musikstücke gut ausgefallen. Das Referat des Genossen Hausen wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Bunzlau

Bunzlauer Neuestes. Die Auswirkungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zeigen sich mit jedem Tage immer klarer. Zum Wochenanfang erhielten über 40 den berühmten „grünen Brief“, in dem den Betroffenen mitgeteilt wurde, daß sie aus der Krisenfürsorge auszuweisen und der Wohlfahrtsfürsorge überwiesen werden. Auf ihr verhängnisvolles Fragen: „Was nun?“ ist ihnen eröffnet worden, daß sie eine einmalige Unterstüzung in der Höhe ihrer früheren Bezüge erhalten. Diese Bezüge sollen weitere 40—50 Mann folgen, so daß es in Kürze etwa 200 sein werden. Das Wohlfahrtsamt erlaubt, eine derartige Anzahl nicht unterstützen zu können. Sollen vielleicht diese Armen zu dem gleichen Mittel greifen wie vor einigen Wochen der junge Kollege Pleh, nämlich zum Freitod? Wir rufen euch, erwerbslose Kollegen, zu: Kein, sondern erlärmt euch euer Leben! Noch mehr als bisher müßt ihr die baldige Einberufung einer allgemeinen Erwerbslosenversammlung fordern und dort Delegierte zum Landeskongreß am 11. und 12. Februar wählen.

Wie die angeblich so „vorbildliche“ hiesige Wohlfahrtspflege aussieht, davon konnte am Freitag ein Breslauer erwerbsloser Banarbeiter ein Lied singen. Am 25. mit seiner Frau aus einem Berliner Krankenhaus entlassen, sollte er auch vom hiesigen Wohlfahrtsamt die Mittel zur Reise bis Liegnitz erhalten. Trotz seiner Meldung früh 9 Uhr und der Bitte zur Beschleunigung, um wenigstens um 10,30 Uhr weiterfahren zu können, war ihm noch nicht um 14,30 Uhr die Reise möglich. Ein Beamter des Wohlfahrtsamtes erklärte sogar auf die berechtigte Bitte: „Wir haben doch nicht auf euch gewartet!“ Auf die Entgegnung, daß nicht einmal Vieh so behandelt wird, meinte derselbe: „Ein Stück Vieh wird manchmal besser behandelt.“ Das ist bestimmt keine Wohlfahrtspflege. Hinzu kam noch, daß der zur Begleitung beauftragte Polizeibeamte in derselben Zone die beiden Personen am Bahnhof anfuhr, so daß das Publikum glaubte, es wären zwei Schwerverbrecher. Um 17,30 Uhr konnten endlich die beiden Personen ihre Weiterreise antreten und die gnädig bewilligten drei Semmeln verdauen. Sollten auf dem Wohlfahrtsamt diese Angaben beweiselt werden, so stehen wir mit Namen und Adresse zur Verfügung.

Die Generalversammlung der Roten Hilfe wies einen verhältnismäßig schwachen Besuch auf. Auch fehlte der angekündigte Bezirksleiter. Die Berichte der vorjährigen Veranstaltung ergaben ein nicht ungünstiges Bild. Für die Ende März abzuhaltende Märzgefallenenfeier wurde ein Komitee gewählt. Erforderlich ist, daß alle Mitglieder an dem weiteren Ausbau der Organisation helfen, damit die Rote Hilfe noch besser die Schmerzen zu lindern vermag, welche die Klassenjustiz verursacht. Darum ein jeder ein Roter Helfer!

Wie stark das Interesse aller Volksschichten am Reichshulagegesetz ist, bewies der gewaltige Andrang am 28. Januar im Volkshaus anlässlich einer öffentlichen Versammlung, in der Schulrat Plehweg, Cobau, Pastor Mensing-Dresden und Professor Dettreich-Berlin sprachen. Einberufen war diese von der SPD, den Demokraten, dem ADGB, geleitet von den verschiedenen Schulreformern. Die zahlreich angelockte protestantische Geistlichkeit erfasste drei Diskussionsreihen, die versuchten, den Willen zur Schulbeaufsichtigung abzuleugnen und ihren katholischen Kollegen die Schuld in die Schuhe zu schieben. Stürmische Gelächter entsetzte der Hinweis des einen auf Jesus Christus. Ein protestantischer Lehrer mühte auf Wunsch der Versammlung sein Gelalbabere einstellen, denn die Verteidigung der Enttarnung der Lehrerschaft war zu plump versucht. Ein Lehrer der weltlichen Schule gab der Geistlichkeit bittere Pillen zu schlucken. Genosse Gabel hielt den „Bründern in Christo“ vor, daß sie nur Vertreter der kapitalistischen Gesellschaft sind und forderte Beweltlichung des Schulsystems, wie das Rußland getan hat. Die Zentrumsbrüder vom Reichsbannerkollegium glänzten durch Abwesenheit. — Das Schlusswort war eine erneute Forderung nach Beweltlichung der Vorlage. Bezeichnenderweise stimmten die drei Religionsmacher gegen eine entsprechende Resolution.

Eine gute Illustration, riefen Demur die „geistlichen Herren“ und bildete der Empfang des neuen Pastors für Dittenborn am hiesigen Bahnhof. Voran eine „riesige“ Kavalade von zwölf Mann vom Dittenborner Reiterverein, in der zweiten Reihe folgend die „gewichtige“ Persönlichkeit des Seelforgers. (Langes Fasten sah man ihm nicht an.) Das zahlreich am Bahnhof erschienene Publikum ließ dem Volkswitz recht lose die Zügel, so daß manch sündhaft, Wort zu hören war.

Der 67 jährige Stellmacher Wäzle aus Kolonie Kimpelsberg muß auf dem Rückwege vom Arzt festgehalten und in den Gassegraben geraten sein. Dort fand man ihn. Er verstarb in dessen schon nach seiner Vergung. Er hinterläßt eine Frau und sieben unversorgte Kinder!

Aus dem Riesengebirge

Selbstmord. Die 56 Jahre alte Hausbesitzerin Anna Ruge in Bad Fünberg verübte Selbstmord, indem sie sich im Duell ertränkte.

Verantwortlich: Für den politischen Teil Kurt Dombrowski, für Betrieb und Vertrieb: „Waldenburger“ Wilhelm Dietrich, für „Breslau“, „Görlitz“ und die übrigen Zeitungen Alfred Thomae, sämtlich in Breslau. — Für den oberirdischen Teil Fritz Sendroich, Pöhl, Gletow. Für Antikate W. Gerber, Breslau.